

Ausgabe 3/05

Sio

Sozialarbeit in Oesterreich

Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung und Politik



**Jugendwohlfahrt
neu erfinden?**



Editorial

„Wir schreiben der Lisl einen Brief!“

Wie im Magazin (Seite 4 und 5 „Nachgraduierung mit Einschränkungen“) berichtet wird, wurden etliche KollegInnen, die „nur“ die 4-semesterige Akademie absolvierten, nicht zum Magister-Studiengang vom Fachhochschulrat zugelassen. Viele zusätzliche Qualifikationen, die ein/e Sozialarbeiterin in einem „mittleren“ Berufsleben so ansammelt, wurden aufgrund der Vorgaben des FH-Rates nicht berücksichtigt. Die betroffenen KollegInnen ärgern sich über diese formalistische Haltung des FH-Rates maßlos. Völlig zu Recht.

Die Entscheidung dieses Gremiums könnte allerdings zu noch fataleren Folgen führen, letztlich sogar zur gänzlichen Zersplitterung „unserer“ Berufsgruppe. Denken wir diese streng formalistische Haltung des FH-Rates weiter. Derzeit beschäftigen sich alle FH's mit der Umstellung der (Sozialarbeiter)Ausbildung nach den Bologna-Kriterien (siehe dazu auch „Entwicklung der Ausbildung und EU-Förderprogramme von Koll. Zierer). Danach wird es (wieder) eine 3-jährige Ausbildung geben (Bachelor), die mit 180 ECTS Points bewertet wird. Der Master soll zwei Jahre dauern und 120 ECTS Points Wert sein. Bleibt der FH-Rat bei seiner streng formalistischen Politik, so könnten die 2-jährigen Akademien mit 120 ECTS Points bewertet werden. Dies hätte wiederum zur Folge, dass diese KollegInnen nicht einmal dem „Bachelor“ gleichgestellt werden würden!?! Spätestens jetzt müssen sich alle relevanten VertreterInnen und Akteure „unserer“ Berufsgruppe (ja, da gehören auch alle Proponenten österreichischer FH's für Sozialarbeit dazu) organisieren, um ein adäquates Anerkennungs-Szenario zu entwickeln, um diesen „Wahnsinn“ zu vermeiden. Die noch derzeit amtierende und dafür verantwortliche Ministerin zeigt einmal mehr, dass es keinen Bereich in der Bildungspolitik gibt, wo sie nicht völlig überfordert ist. Ein erster Schritt für eine konstruktive Lösung könnte sein, BM Gehrler einen kurzen Protestbrief zu schreiben: *BM Elisabeth Gehrler, BMBWK, Minoritenplatz 5, 1014 Wien.*

Der Vorstand des OBDS wurde bereits aktiv und hat bereits einen Protestbrief an BM Gehrler gesendet.

Im nächsten Heft wollen wir uns mit der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft der Methoden beschäftigen: „Coach statt Couch“. Hat die „Therapeutisierung“ in der Sozialarbeit der Entwicklung unserer Profession mehr geschadet als genützt? Dieser und ähnlicher Fragestellungen widmen wir uns im nächsten Heft.

DSA Roland Fürst

Standards	Titel	Themen	News
<p>Impressum <i>Seite 3</i></p> <p>Magazin <i>Seite 4-5</i></p>	<p>Über die Entwicklungsmöglichkeiten eines Kernsektors der Sozialen Arbeit <i>Dr. Mag. DSA Peter Pantucek</i> <i>Seite 7-13</i></p> <p>Verein Hilfe für Kinder und Eltern <i>Mag. Susanna Rothmayer</i> <i>DSP Barbara Künschner</i> <i>Seite 14-17</i></p> <p>Ein Forschungs- und Vernetzungsprojekt <i>Dr. Hermann Putzhuber</i> <i>Seite 18-21</i></p> <p>Internationale Sozialarbeit im Bereich der Jugendwohlfahrt <i>DSA Georg Dimitz</i> <i>Seite 22-24</i></p>	<p>Verein zur Förderung des intern. Austausches im sozialen Bereich <i>DSA Gabi Kronberger</i> <i>Seite 25-26</i></p> <p>Kontrastlernen – Soziale Kompetenz für Führungskräfte <i>DSA Michael Bockhorni</i> <i>Seite 27-29</i></p> <p>Entwicklung der Ausbildung und EU-Förderprogramme <i>DSA Dr. Brigitta Zierer</i> <i>Seite 30-34</i></p>	<p>Veranstaltungen – Termine <i>Seite 6</i></p> <p>Bücher <i>Seite 35</i></p>

Impressum

Sozialarbeit in Oesterreich (SIO)
Zeitschrift für Soziale Arbeit, Bildung & Politik, seit 1966
Erscheinungsort 1060 Wien, Verlagspostamt 7210 Mattersburg,
Auflage: 3.500 Stück,
Druck u. Versand Fa. Wograndl Bernd, Neubaugasse 14,
7210 Mattersburg

Herausgeber, Medieninhaber und Verleger
Oesterreichischer Berufsverband der SozialarbeiterInnen – obds,
A-1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14, www.sozialarbeit.at

Redaktion:

DSA Roland Fürst, DSA Gabriele Hardwiger-Bartz, DSA Mag. Rudi Rögner,
DSA Manfred Tauchner,
E-mail: redaktion@sozialarbeit.at

Gestaltung: Werbeagentur Thomas Reiner, Bad Sauerbrunn
E-mail: thomas.reiner@aon.at

Sekretariat, Anzeigen, Abonnenten-Service

Sozialarbeit in Oesterreich, 1060 Wien, Mariahilferstraße 81/1/3/14,
Claudia Mehwald, Tel. 01/587 46 56-11; Fax: 01/587 46 56-10;
Mo-Do 9-14 Uhr,

E-Mail: sekretariat@sozialarbeit.at. Anzeigen können auch auf unserer
Homepage veröffentlicht werden. Wir senden gerne die aktuelle
Anzeigenpreisliste zu.

Erscheinung, Preise, Abonnements

SIO erscheint vierteljährlich. Einzelpreis: € 5,70; Jahresabonnement
€ 18,17 (zzgl. Versand). Abbestellungen bis drei Monate vor Jahresende.
Das Abo ist für Mitglieder einer Landesgruppe des OBDS kostenlos.

Information

Über zugesandte Manuskripte freut sich die Redaktion, behält sich aber
vor, diese zu redigieren oder abzulehnen. Namentlich gekennzeichnete
Artikel müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

MagazinMagazinMagazinMagazinMagazin

Grundversorgung erwächst den Kinderschuhen

Nach dem chaotischen Start im Mai 2004 konnten viele Anfangsprobleme gelöst werden. Anfang September befanden sich 28.440 Menschen im System (dh. AsylwerberInnen im laufenden Verfahren, abgelehnte AsylwerberInnen, welche nicht abgeschoben werden können, Fremde mit humanitärer Aufenthaltsbewilligung und Konventionsflüchtlinge bis zu 4 Monate nach der Anerkennung). Das Grundversorgungsmodell ist den Prinzipien der Sozialhilfe nachgebildet, die Sätze befinden sich aber auf deutlich niedrigerem Niveau. So erhält ein allein stehender Erwachsener für den Lebensbedarf beispielsweise 180 € im Monat und für die Miete 110 €, zudem ist er krankenversichert.

Mittlerweile wurde eine Österreich weit flächendeckende Versorgung mit Wohnplätzen aufgebaut. Die anfänglichen Proteste, welche durch die Eröffnung mancher Unterkünfte in der jeweiligen Umgebung verursacht wurden, sind verstummt, und die Anzahl der Flüchtlinge in Traiskirchen konnte auf 800 gesenkt werden. In der Bund-Länder-Vereinbarung ist auch eine soziale Betreuung mit einem Betreuungsschlüssel von 1:170 vorgesehen. Diese wird teilweise von den DSA der Länder, vor allem aber von NGOs durchgeführt. Leider werden immer noch viele Betroffene in schlecht geführten Pensionen untergebracht. Einige NGOs eröffneten selber Flüchtlingsquartiere mit vergleichsweise sehr hohen Standards. Für die Zukunft fordern die NGOs den Ausbau und die Finanzierung der rechtlichen Beratung der Flüchtlinge. Äußerst notwendig sei auch die Abschaffung des Arbeitsverbots für AsylwerberInnen.

(Quelle: asylaktuell 2/2005)

Umstiegslehrgang für SozialpädagogInnen am Wiener Jugendamt

Für die SozialpädagogInnen in den

stationären Einrichtungen der MAG ELF – Amt für Jugend und Familie in Wien wurde eine neue Möglichkeit des Jobwechsels innerhalb der Abteilung geschaffen. Ab Oktober 2005 wird vom Fortbildungszentrum der MAG ELF für 15 TeilnehmerInnen ein Lehrgang veranstaltet, durch den die Berechtigung zur Jugendamtssozialarbeit innerhalb der MAG ELF erworben wird, einer Tätigkeit, die bisher den AbsolventInnen der Akademie für Sozialarbeit (FH-Studiengang) vorbehalten war. Die Idee zu diesem Lehrgang kam aus den Reihen der SozialpädagogInnen und wurde von der Gewerkschaft unterstützt.

Der Lehrgang wurde in Kooperation mit dem Studiengang Sozialarbeit (im städtischen Raum) der FH Campus Wien erarbeitet, als Vortragende fungieren Lehrkräfte der FH und MitarbeiterInnen der MAG ELF selber.

Die Existenz des Lehrgangs ist nicht unumstritten. Die Landesgruppe Wien des obds hatte beispielsweise große Bedenken, welche auch durch eine Expertise von Prof. Dr. Pantucek (FH St. Pölten) gestützt werden. Eingewendet wird, dass der Umfang des Lehrgangs in Hinblick auf den Unterschied zwischen dem Kolleg für SozialpädagogInnen und der Akademie für Sozialarbeit zu gering sei und dass die Bemühungen um die Professionalisierung der Sozialarbeit darunter leiden. Denn Architekturbüros könnten auch nicht selber die Architekten ausbilden. Besser wäre es, diese an sich begrüßenswerte Idee der Nachschulung gleich auf der Ebene der Fachhochschule anzuschließen.

Die Stundendifferenz werde jedoch durch die mehrjährige Berufserfahrung der SozialpädagogInnen wieder wettgemacht, argumentiert die MAG ELF. Nach der Kritik von SozialarbeiterInnen-Seite wurde das Curriculum überarbeitet. Gegenwärtig arbeitet man bereits am Konzept für einen Lehrgang für SozialarbeiterInnen. Dieser soll 2006 starten und zur Arbeit in den WGs der MAG ELF

berechtigten.

(siehe auch: www.wien-sozialarbeit.at)

Deutscher Berufsverband kritisiert Ein-Euro-Jobs

Mit dem sozialpolitischen Reformwerk Hartz IV wurde in Deutschland auch das Modell der Ein-Euro-Jobs eingeführt. Schwerpunkte von Hartz IV sind die Integration der Notstandshilfe in die Sozialhilfe und damit praktisch ihre Abschaffung und die Verbesserung der Arbeitsämter. Durch die Ein-Euro-Jobs sollen zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Dabei erhält der Träger, welcher die mit 6 Monaten befristete so genannte „Arbeitsgelegenheit“ zur Verfügung stellt, im Monat vom Staat 500 €. 1 bis 1,5 € pro Arbeitsstunde erhält davon der/die ArbeitnehmerIn, den Rest behält der Träger für Verwaltung und Anleitung. Der Bezug des Arbeitslosengelds II (= Name für die neue Form der Sozialhilfe) bleibt erhalten. Die übliche arbeits- und sozialrechtliche Absicherung bringt diese Arbeit aber nicht.

Der deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) befürchtet, dass diese Jobs vor allem im Sozialbereich entstehen werden. Es kann für viele Träger attraktiv sein, Fachkräfte durch die Inhaber von Ein-Euro-Jobs auszutauschen. Wenn dieses Modell auch für gewisse Klientengruppen sinnvoll sein kann, kritisiert der Verband, sei es doch nicht vertretbar, ältere Arbeitslose mit einer langen Erwerbsbiographie in solche Jobs zu drängen. Zudem sollte der Anbieter der Arbeitsgelegenheit verpflichtet werden, den/die ArbeitnehmerIn anschließend noch ein volles Jahr anzustellen.

(Quelle: ForumSozial 3/2005)

Nachgraduierung mit Einschränkungen

Was von vielen SOZAK-AbsolventInnen seit der Errichtung der Sozial-

arbeiterInnen-Ausbildung an den Fachhochschulen sehnlich erwartet wurde, beginnt nun erstmals an der FH St. Pölten. In einem zweisemestrigen Studiengang erwerben DiplomsozialarbeiterInnen den akademischen Grad Mag. (FH). Die Ausbildung umfasst Blöcke mit Anwesenheitspflicht und Elemente der Fernlehre und schließt mit einer Diplomarbeit. In letzter Minute schränkte der Fachhochschulrat allerdings die Zielgruppe massiv ein. Mitten in der Anmeldezeit teilte er mit, dass nur AbsolventInnen der dreijährigen Ausbildung an der Akademie für Sozialarbeit zugelassen werden dürfen. Während in anderen Studiengängen wie dem Master-Studiengang Sozialmanagement am FH Campus Wien (in Kooperation mit der FH Braunschweig) auch AbsolventInnen der zweijährigen Akademie aufgenommen werden, gab es hier keine Ausnahme.

Damit wurde erstmals von der bisherigen Praxis der Gleichbehandlung der beiden AbsolventInnengruppen abgerückt. Dies trifft umso härter, als die AbsolventInnen der zweijährigen Ausbildung ja damals keine Wahlmöglichkeit zwischen 2 oder 3 Jahren hatten und gegenwärtig für sie auch kein Weg zur Nachholung des zusätzlichen Ausbildungsjahres besteht. Die Position des obds, dass Berufserfahrung und absolvierte Fortbildungen die kürzere Ausbildungsdauer ja ausgleichen, wurde vom Fachhochschulrat nicht aufgegriffen.

(siehe auch: www.fh-stpoelten.ac.at)

Psychiatrische Familienpflege in Oberösterreich

Diese Betreuungsform wird seit 1997 von pro mente Oberösterreich angeboten. Bei der Entwicklung griff man damals auf Erfahrungen aus der Steiermark, aus Deutschland und vor allem aus der Stadt Gheel in Belgien zurück. Es geht dabei um Wohnplätze für psychisch kranke Erwachsene in Familien. Pro mente ist für die Kontrolle und die professionelle Begleitung verantwortlich.

Sehr viel Arbeit wird in die Vermitt-

lung investiert. Die aufnehmende Familie und der Klient sollen in möglichst vielen Lebensbereichen gut zusammenpassen. Die bisherigen Erfahrungen sind sehr positiv. Die Krankheitssymptomatik ging zurück, die KlientInnen erlebten das Leben in einer Familie als Verbesserung und sehr oft konnte auch die Einnahme von Psychopharmaka reduziert werden. Neben den Plätzen für Frauen und Männer gibt es auch ein entsprechendes Angebot für Mutter mit Kind.

Kurzmeldungen

Zwei Caritas-Einrichtungen, die Sozialberatung Wien und GENEVA – Beratungsstelle für Schwangere, werdende Väter und Eltern wurden fusioniert und sind übersiedelt. Name und Adresse lauten künftig: Sozialberatung Wien, 1050 Wien, Wiedner Hauptstraße 140/3. Stock. Die Zielgruppen bleiben gleich.

Als Problem wird erlebt, dass es nun auch bei der Caritas für Erstgespräche zu Wartezeiten bis zu mehreren Wochen kommt. Grund dafür ist der Rückstau, welcher durch die bis zu 3 Monate langen Wartezeiten im Bereich der Sozialhilfe der MA 15 entsteht. (siehe auch: www.cariats-wien.at)

Lefö feiert sein 20jähriges Bestehen. Tätigkeitsbereiche dieses Vereins, des einzigen dieser Art in Österreich, sind Beratungs- und Bildungsangebote für MigrantInnen aus Lateinamerika, Gesundheitsprävention für MigrantInnen in der Sexarbeit, Interventionsstelle für Betroffene von Frauenhandel, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit. Aufgrund einer restriktiven staatlichen Subventionspolitik und dem Auslaufen der EU-Gelder droht 2005 eine starke Reduktion des Angebots. Der Verein versucht mit einem Spendenaufruf und einer Benefizveranstaltung im Moulin Rouge entgegenzusteuern. Da bereits 2004 mit SILA in 1150 Wien eine niederschwellige Beratungsstelle für

SexarbeiterInnen geschlossen wurde, schließen die MitarbeiterInnen den worst case der Schließung von lefö nicht aus.

(Quelle: *Der Standard*, www.lefoe.at)

In Wien sorgte die **Auflösung des Jugendgerichtshofs** unter Justizminister Böhmdorfer für viel Kritik und starke mediale Aufmerksamkeit. Eine ähnliche gerichtliche Spezialisierung gab es auch in Linz und Graz, allerdings nur auf Bezirksgerichtsebene. Das Linzer Jugendgericht wurde bereits aufgelöst, das Ende des Grazer Jugendgerichts wurde nun vom Nationalrat im Juni dieses Jahres besiegelt.

Das neue Heimaufenthaltsgesetz ist seit 1.7.2005 in Kraft. Es regelt die Voraussetzungen und die Überprüfung von Freiheitsbeschränkungen in Alten- und Pflegeheimen und in Einrichtungen, in denen mehr als 3 psychisch Kranke oder geistig Behinderte leben. Sein Ziel ist die Wahrung der Menschenwürde in jenen Fällen, wo Beschränkungen der Bewegungsfreiheit zur Abwendung einer Gefährdung nötig sind (siehe auch den Kommentar auf www.behindertearbeit.at).

Für **MigrantInnen soll der Zugang zum Kinderbetreuungsgeld erleichtert** werden. Die MitarbeiterInnen des Linzer Frauenhauses brachten aufgrund eines Falles den Stein ins Rollen. Die bisherige Regelung besagt, dass MigrantInnen nur dann Kinderbetreuungsgeld erhalten können, wenn sie 5 Jahre in Österreich legal leben oder 3 Monate beschäftigt waren bzw. mit dem anderen Elternteil des Kindes die Wohnung teilen, wenn er diese Voraussetzungen erfüllt. Und diese Bindung an den gemeinsamen Haushalt mit dem Familienbeihilfenbezieher soll nun fallen. Somit können die betroffenen Frauen auch im Frauenhaus weiterhin Kinderbetreuungsgeld beziehen.

(Quelle: *Gewaltlos 2/2005*)

Zusammengestellt von
Mag. DSA Rudi Rögner



Veranstaltungen - Tipps

Wien

**Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein.
Kongress**

7.-9.10.2005, Wien, Diplomatische Akademie
Veranstalter: Kath. Sozialakademie Österreich, ATTAC, Netzwerk
Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt, www.grundein-
kommen2005.org, 01/310 51 59.

**Erste österreichische Erwerbsarbeitslosenkonferenz
15.-16.10.2005 Wien, Amerlinghaus**

Veranstalter: ArbeitslosensprecherIn (1060 Wien,
Gumpendorferstr. 83, www.arbeitslosensprecherin.at)

**Good Clinical, Evidence-Based Practice für Understanding
and Managing Aggressive and Violent Behavior.**

4th European Congress on Violence in Clinical Psychiatry
20.-21.10.2005, Wien, Otto Wagner-Spital
Veranstalter: Wiener Krankenanstalten-Verband, Donau-
Universität Krems, European Violence in Psychiatric Research
Group u.a., Tel. 031 20 409 0550.

**The Role of Social Workers in Europe.
Social Work Aktion Day (vom IFSW proklamiert.)
8.11.2005**

Veranstaltungen sind bei einigen Landesgruppen in Planung.

Online-Beratung.

jour fixe
15.11.2005, 20 Uhr, Wien, ARGE-Haus, 21., Friedstraße 23,
Veranstalter: ARGE Bildungsmanagement, www.bildungsma-
nagement.at

**Liebe, Sex ... und Betreuung????
Wie kann eine gute Sexualitätsbegleitung für Menschen
mit Lernschwierigkeiten aussehen?**

Tagung (für Betroffene und Fachpersonen)
15.11.2005, Wien, Kardinal König-Haus
Veranstalter: Berufsverband der BehindertenbetreuerInnen,
farbe@behindertenarbeit.at, 0699/ 121 154 19

"Wir hätten fast einen Bürgerkrieg gehabt!"

Nachbarschaftsmediation in Reinkultur.
jour fixe
6.12.2005, 20 Uhr, Wien, ARGE-Haus, 21., Friedstraße 23,
Veranstalter: ARGE Bildungsmanagement, www.bildungsma-
nagement.at

Kärnten

**Leitlinien der integrativen & interdisziplinären Jugendarbeit
Fachtagung und Vernetzungstreffen**

17.-18.11.2005, Feldkirchen
Veranstalter: Pro mente Jugend, www.promente-jugend.at,
Fachhochschule Technikum Kärnten

Niederösterreich

Achtung! Fertig! Los!
Vom „Älter-Werden in der Sozialarbeit.“ Möglichkeiten der
Psychohygiene und Impulse für einen bewussten Umgang
mit der ganz persönlichen beruflichen Perspektive.

Landestagung des NÖBDS

17.-19.10.2005, Gesundheitszentrum Kloster Pernegg
Veranstalter: NÖBDS, www.niederoesterreich-sozialarbeit.at,
02982/ 3937

Bleibt alles anders?

**Veränderungen – Prozesse – Rahmenbedingungen in der
stationären Betreuung von Kindern und Jugendlichen.
Symposium**

11.-12.11.2005, Hinterbrühl, HPZ
Veranstalter: NÖ Heilpädagogisches Zentrum Hinterbrühl,
www.hoehpz.at, 02236/ 226 73-210, u.a.

Salzburg

**Mut zum Möglichen. Frauenarmut ist vermeidbar.
Frauen-Vor!-Konferenz**

18.-19.10.2005, Bildungshaus St. Virgil, Salzburg
Veranstalter: Armutskonferenz, www.frauenarmut.at

**Mut zum Möglichen. Armut ist vermeidbar. Wie ökonomi-
sche Mythen wirken.**

Armutskonferenz
19.-20.10.2005, Bildungshaus St. Virgil, Salzburg
Veranstalter: www.armutskonferenz.at

International

**Die soziale Frage und die Verantwortung von Christen in
der Sozialen Arbeit.**

21.-23.10.2005, Regensburg/BRD
Veranstalter: Bundesarbeitsgemeinschaft Kath.
SozialarbeiterInnen im DBSH, c/o Ulrike Faust, Schulstr. 1,
85635 Höhenkirchen-Siegertsbrunn, ufaust@gmx.de

**Visionen sozialen Handelns. menschlich + fachlich +
wirtschaftlich.**

ConSozial2005. Fachmesse mit Kongress
9.-10.11.2005, Nürnberg, Messezentrum
Veranstalter: Bayrisches Saatsministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familie und Frauen, www.consozial.de;
0049/821-262 03 36

Überleben in Drogenszenen X

10. Fachtagung zur Praxis akzeptierender Drogenarbeit
23.-25.11.2005, Nürnberg

Veranstalter: Institut für soziale und kulturelle Arbeit Nürnberg
u.a., www.iska-nuernberg.de; 0049/911-727272998-8

**A World out of Balance. Working for a New Social
Equilibrium.**

Weltkonferenz
30.7.-3.8.2006 München
Veranstalter: IFSW, DBSH, www.socialwork2006.de/

Menschenwürde statt Almosen

Bundestagung des obds
23.-25.10.2006, Velden
Veranstalter: obds, www.sozialarbeit.at, 01/ 587 46 56-11

Jugendwohlfahrt neu erfinden?

Über die Entwicklungsmöglichkeiten eines Kernsektors der Sozialen Arbeit

Dr. Mag. DSA Peter Pantucek

Die Anfrage, einen Beitrag zu einem Schwerpunktheft Jugendwohlfahrt zu leisten, bereitete einerseits Freude, weil ich nach meinen langen Praxisjahren am Wiener Jugendamt der Jugendwohlfahrt immer noch sehr verbunden bin und sie für einen zentralen Bereich der Sozialarbeit halte. Andererseits war der Stress nicht zu verleugnen: Angesichts der in Österreich leider bloß dahindümpelnden Fachdiskussion zum Thema wäre allzuviel anzumerken. Der Beitrag ist denn auch ein Produkt dieser Ambivalenz. Er versucht, wie wohl jeder programmatisch umfassende Artikel, zu viel auf zu wenig Platz zusammenzufassen, worunter die Lesbarkeit leidet. Und er ist trotzdem mit Herzblut geschrieben, was sich in mancherlei polemischen Zuspitzungen unangenehm manifestieren mag. Ich ersuche die LeserInnen, mir das nachzusehen.

Die österreichische Jugendwohlfahrt ist spätestens seit der letzten großen Reform des Jugendwohlfahrtsrechts (1989) in einem kontinuierlichen Prozess der Umgestaltung. Die Bedeutung der freien Träger ist gestiegen, Betreuungsaktivitäten wurden aus den Ämtern ausgelagert, die Organisation an Ziele der Verwaltungsreform angepasst. Diese Wandlungen sind überraschenderweise von bloß dahinplätschernden öffentlichen fachlichen Diskursen begleitet, und glaubt man der eigenen Wahrnehmung und den Berichten von Betroffenen, so bleibt die Performance in vielen Bereichen noch auf einem

dürftigen Niveau. Es wäre an der Zeit, Bilanz zu ziehen und den künftigen Weg dieses Kernbereichs von Sozialarbeit und Sozialpädagogik zu diskutieren.

1. Gesellschaftlicher Wandel und Jugendwohlfahrt

Wie in anderen europäischen Ländern ist auch in Österreich der Anteil der Kinder unter 15 Jahren an der Gesamtbevölkerung rückläufig, von 24 % (1971) auf 17 % im Jahr 2000 (vgl. Beham u.a. 2004: 22 ff.). Das soziale und gesellschaftliche Umfeld, in dem Jugendwohlfahrt

heute zu agieren hat, ist komplizierter geworden, die Anforderungen sind gestiegen. Objektiv durch die beachtliche kulturelle Diversität, durch die verschiedenen Formen von Armut und die strukturelle Arbeitslosigkeit, durch die kontinuierlich steigende Zahl von Ehescheidungen, durch eine allseits spürbare Verunsicherung, was denn nun ein „richtiger“ Erziehungsstil sei, durch die tendenzielle Überforderung von Eltern und Kindern in einer Welt, die mehr Selbstständigkeit einfordert.

Das politische Gebot, Posten in der Verwaltung eher zu reduzieren als



zu vermehren, führt dazu, dass ein Ausbau der Jugendämter zu bevölkerungsnahen demokratischen Dienstleistern, wie er zumindest in einigen Bundesländern in den 1970er- und 1980er-Jahren mit teils ansehnlichen Erfolgen angegangen worden war, nunmehr stockte bzw. unmöglich wurde. In einigen Bundesländern schien die behördliche Jugendwohlfahrt eher zu einem Verschiebebahnhof zu werden, der Fälle an (wenige) Dienstleister mit spezialisierten Problembearbeitungsprogrammen weiterreicht.

Österreich gehört zu jenen Ländern, deren Regierung sich auf ihre Politik der Familienförderung viel einbildet. Diese Förderung konzentriert sich allerdings auf finanzielle Leistungen, die ein längeres Verweilen der Mutter im Haushalt begünstigen. Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft, beratende und praktische Unterstützung bei Versorgung und Erziehung von Kindern und der Bewältigung schwieriger Phasen familiärer Entwicklung bleiben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Um Österreich zu einem familienfreundlichen Land zu machen, wäre eine Umleitung der Mittel in mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen, in die Vereinbarkeit von Beruf und familiären Pflichten, in ein breit unterstützendes System der Jugendwohlfahrt angezeigt.

2. „Produkte“ anbieten oder eine gesellschaftliche Funktion wahrnehmen

Der Einzug einer pseudomarktwirtschaftlichen Terminologie in den Diskurs über die Jugendwohlfahrt entbehrt zwar nicht einer bestimmten Komik, ob er zu einer Verbesserung des Angebots beiträgt, sei aber

bezweifelt. Die Anwendung des „Produkt“-Begriffs im Zusammenhang mit den Aktivitäten der Verwaltung allgemein und der Jugendwohlfahrt im Besonderen ist problematisch (vgl. dazu z.B. Hubmer 2004: 160 ff.), und das aus mehreren Gründen. Für unseren Zusammenhang mag genügen, auf die seltsame Struktur des Marktes hinzuweisen: Die eigentlichen (und zahlungskräftigen, was für ökonomische Prozesse entscheidend ist) Nachfrager nach den „Produkten“ der Jugendwohlfahrt sind nicht die Kinder und nicht die Eltern, also nicht jene Personen, die qua gesetzlicher Zielbestimmung die Adressaten der Jugendwohlfahrt sind, sondern das ist die behördliche

Jugendwohlfahrt in ihrem Verwaltungshandeln selbst. Sie ist gleichzeitig Kunde und Produzent z.B. der „vollen Erziehung“. Die tatsächlich oft reinigenden Wirkungen eines Marktes können so nicht einmal ansatzweise greifen, sondern das marktwirtschaftliche Vokabular erweist sich als bloßes Mittel der Verschleierung von rigide obrigkeitstaatlichen Denkmustern und Organisationsformen. Das Land als Jugendwohlfahrtsträger macht die Gesetze, die z.B. die „volle Erziehung“ als eine Option des Verwaltungshandelns in der Jugendwohlfahrt definieren, es tritt als einziger zahlungskräftiger Nachfrager auf und diktiert Normen und Preise. Es installiert dezidiert keine Rückmel-



derungsschleifen, die den Bedürfnissen der „NutzerInnen“ des sogenannten Produkts – also der Kinder und Eltern – irgendeine Chance geben, sich zu artikulieren. Die Vorzüge des Marktes, nämlich dass die NutzerInnen eines Produkts über ihre Kaufentscheidung dem Hersteller eine ökonomisch relevante Rückmeldung über den Gebrauchswert geben, sind systematisch ausgeschaltet. Gleichzeitig wird eine Diskussion über die heutige gesellschaftliche Funktion behördlichen Handelns in der Jugendwohlfahrt gleich gar nicht geführt.

In Österreich sind Ansätze für ein neues Verständnis der Jugend-

wohlfahrt als besonderer Aufgabe in einer demokratisch-pluralen (oder, wenn man will: post-postmodernen) Gesellschaft eher dünn gesät, ja selbst der fachliche Diskurs über die professionelle Qualität der Arbeit findet mangels geeigneter Foren fast nicht statt. Punktuelle interessante Projekte bleiben so weitgehend unbekannt und entfalten keine weitergehende Wirkung. Gleichzeitig wird (zum guten Teil vergeblich) viel Kraft in managerialistische „Reformen“ und Umbauten gesteckt.

Eine der bemerkenswerten fachlichen Initiativen der letzten Jahre war wohl die Erstellung eines Qualitätskatalogs der Grazer Ju-

gendwohlfahrt, der sich auf der Höhe der aktuellen Entwicklungen einer klientInnenorientierten Sozialen Arbeit befand. Die Wirksamkeit scheint sich jedoch schon in der Organisation, die viel Kraft in die Formulierung gesteckt hatte, in Grenzen zu halten, die Ausstrahlung über die Grenzen der Stadt Graz hinaus war nahezu nicht bemerkbar. Ein österreichisches Schicksal.

3. Innovationspotenziale

Ich verstehe Jugendwohlfahrt nicht als bloße Verwaltung (obwohl sie natürlich auch Elemente der Verwaltung beinhaltet), sondern als Steuerungsaufgabe in einer pluralen demokratischen Gesellschaft. So verstanden, müsste sie sich geeigneter Mechanismen bedienen: Mitteln der Wissenschaft, der Diskussion, der Partizipation und der informierten politischen Entscheidung. Der Markt hätte einen Platz als Korrektiv und Organisationsform – er könnte erst funktionieren, wenn die AdressatInnen ihn beeinflussen könnten, wenn sie also echte KundInnen wären.

Will man die Innovationspotenziale für die Jugendwohlfahrt ausloten, so zeigt ein Streifzug durch die fachliche Landschaft außerhalb der engen österreichischen Grenzen hochinteressante Möglichkeiten. Einige davon seien hier angedeutet:

Lebenswelt- und Sozialraumorientierung

Beides sind schillernde Begriffe, aber sie stehen für Haltungen, für fachliche und organisatorische Lösungen, die über eine kurzsichtige und bloß am vermeintlichen „Fall“ klebende Sicht hinausweisen. Lebensweltorientierung und Sozialraumorientierung sind Leitideen für



die Gestaltung der fallbezogenen Intervention sowie der Inszenierung und Organisation von Hilfe.

Wenn wir versuchen, es kurz (und sicher auch verkürzt) zusammenzufassen, was „Lebensweltorientierung“ meint, so könnte man sie als Achtung vor den natürlichen sozialen Welten bezeichnen, als Achtung vor der notwendig subjektiven Weltsicht und dem notwendig in „natürlichen“ sozialen Umwelten, Mikrokosmen zu organisierenden Alltag der KlientInnen und Zielgruppen. Vorrang hätte dann nicht die Bereitstellung von professionell zugerichteten Ersatzwelten (ich nenne das „Lebensweltsubstitute“), sondern kluges und dosiertes Anknüpfen an Vorhandenes.

Sozialraumorientierung wird beschrieben als Trias von fallspezifi-

scher, fallübergreifender und fallunspezifischer netzwerkbezogener Arbeit. Sozialraumorientierung richtet den Blick zuallererst auf das Netz. Schon bei der Bearbeitung der Fälle wird das Augenmerk auf das soziale Umfeld der Betroffenen gerichtet. Trotz aller Beteuerungen über die angebliche „Ressourcenorientierung“ ist das übrigens keine Selbstverständlichkeit. Im Gegenteil: Wie Budde und Früchtel (2005) beklagen, können SozialarbeiterInnen im Jugendamt bei der Erstellung des Genogramms von betreuten Familien oft nicht einmal mehr die Felder der Großelterngeneration ausfüllen. Aus meinen Erfahrungen in Österreich kann ich diese Beobachtung nur bestätigen. „Family Conference Meetings“ und „Family Group Decision Making“ – beides Formen der Beteiligung der erweiterten Familie am Unterstü-

tzungs- und Entscheidungsprozess – sind Beispiele für die erfolgreiche Neuinterpretation der Jugendamtsarbeit (vgl. Brown 2002; Merkel-Holguin 1996).

Fallübergreifend verweisen Lebenswelt- und Sozialraumorientierung auf die Kooperation in der Gemeinde und im Bezirk. In eine Jugendwohlfahrtsplanung wären die lokalen Akteure und die Zivilgesellschaft¹ einzubeziehen. In einem ersten Schritt jene Organisationen, die mit dem gleichen Klientel zu tun haben (Schulen, Kindergärten, Einrichtungen der freien Träger, Jugendzentren etc.), in einem zweiten Schritt auch AkteurInnen, die auf den ersten Blick gar nicht direkte KooperationspartnerInnen der Jugendwohlfahrt wären (Einkaufszentren, Jugendorganisationen, lokale Cliquen, MigrantInnenvereine etc.). Sie alle gestalten die Lebensbedingungen im sozialen Raum – und sie können in unterstützende Aktivitäten eingebunden werden, in ein präventives Klima im Sozialraum.

Die Rolle der SozialarbeiterInnen am Jugendamt wäre dann aber neu zu definieren (oder auszuweiten): Die KollegInnen wären gleichzeitig fallbearbeitend und gemeinwesenbezogen tätig. Es wäre eine Arbeit, ideal geeignet für Personen, die aktiv und verantwortlich in einem demokratischen Gemeinwesen aktiv sein wollen – und das mit einem soliden fachlichen Hintergrund.

Wenn einigen informierten KollegInnen diese Vorschläge gar nicht so neu vorkommen, so haben sie Recht. Die Grundhaltung wurde schon in den 1980er-Jahren als „Gemeinwesenorientierung“ beschrieben und punktuell auch gelehrt². Was neu dazu gekommen ist, sind Modelle einer sozialraum-



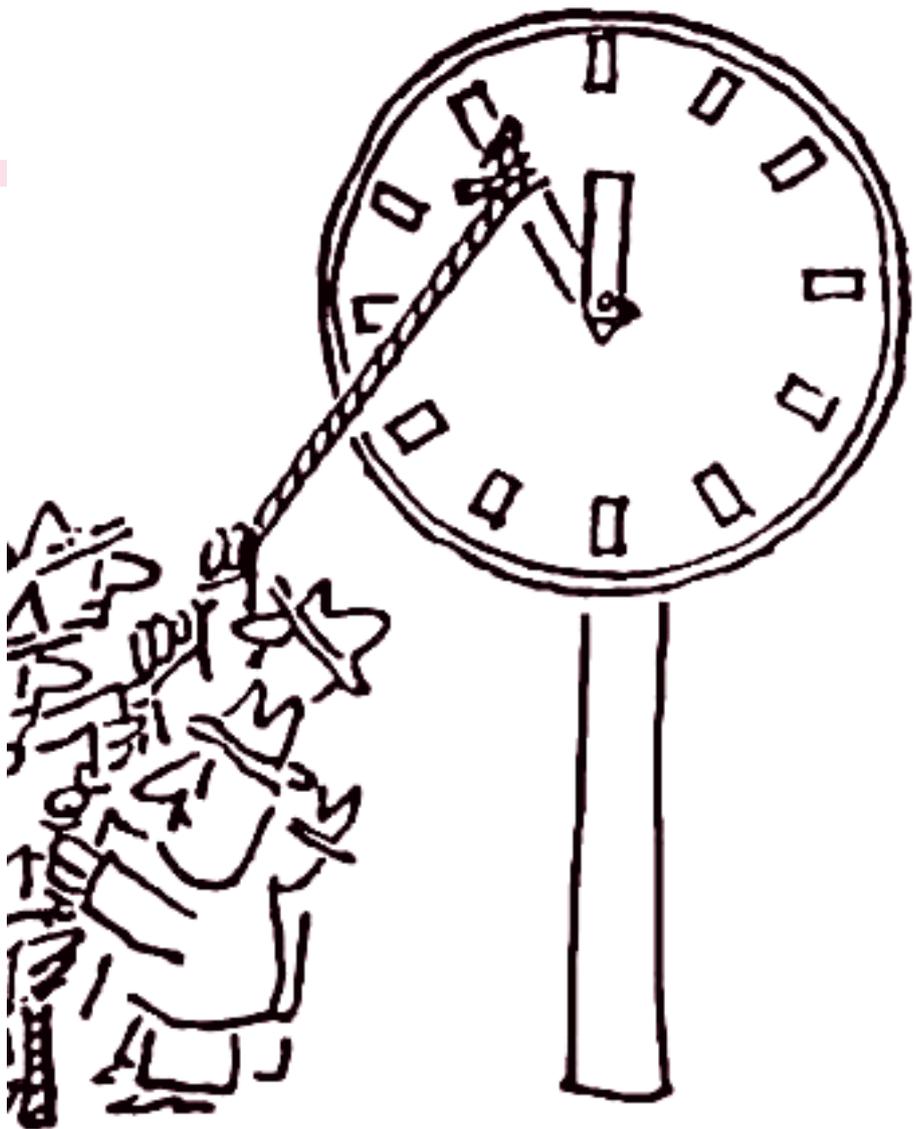
bezogenen Budgetierung (zu den Erfahrungen vgl. Weißenstein 2004).

Case Management

Case Management hat in den letzten Jahren als Vokabel schon Einzug in die Jugendwohlfahrt gehalten, ein tieferes Verständnis des Konzepts ist aber selten anzutreffen. So wurden z.B. unter der Flagge des Case Managements die Betreuungs- und Beratungsaufgaben der behördlichen Jugendwohlfahrt zurück gefahren und die intensivere Beschäftigung mit den Fällen an Dienstleister delegiert. Während das Konzept des Case Managements erfunden wurde, um die Probleme der Zersplitterung der Fallarbeit und der Spezialisierung der Dienste mit all ihren negativen Folgewirkungen in den Griff zu bekommen, wurde hierzulande in einigen Bereichen die Zersplitterung gefördert und Case Management genannt.

Ein Konzept, bei dem die Behörde zwar alle Fäden in der Hand behält, Fälle aber nicht mehr wirklich bearbeitet, sondern an SpezialistInnen weiterleitet, produziert kostenintensive Verläufe: Je schwieriger sich ein Fall entwickelt, um so mehr wird die Betreuung zersplittert (in sozialpädagogische Familienhilfe, Lernbetreuung, BeratungslehrerInnen, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Schuldnerberatung usw.) und umso weniger Gesamtverantwortung für den Fallverlauf haben die beteiligten SpezialistInnen, die alle „ihr Ding“ machen und den Fall wieder abgeben, wenn er ihnen „zu steil“ wird. Das kostet alles viel Geld, und der Erfolg ist bescheiden.

Case Management ist im Kern ein Konzept der Herstellung einer umfassenden Fallverantwortung, einer Koordination auf Basis eines



mit den KlientInnen ausgehandelten Hilfeplans (NASW 1992). Wie die sozialraumorientierte Fallarbeit kümmert es sich besonders um die Einbindung der KlientInnen in die „natürlichen“ sozialen Netze von Familie und Nachbarschaft und bemüht sich, institutionelle Angebote subsidiär, aber präzise auf die Bedürfnisse der KlientInnen zugeschnitten heranzuziehen. Case Management benötigt eine Reihe von organisatorischen Voraussetzungen (die Organisationen müssen „bereit“ und fähig sein für diese anspruchsvolle Art der Kooperation), und es benötigt in Case

Management geschulte MitarbeiterInnen³.

Offenheit

Schließlich braucht die Jugendwohlfahrt eine Willkommens-Struktur, sollte so weit wie möglich regionalisiert und gemeindenah sein: kurze Wege, leichte Erreichbarkeit, offene Telefonleitungen und Onlineberatungskanäle.

Jugendwohlfahrt ist tendenziell „allzuständig“. Sie ist universelle Ansprechpartnerin für Kinder, Jugendliche, Eltern bei Problemen der

Alltagsgestaltung (oder auch: „Lebensführung“⁴). Das heißt nicht, dass sie sich bei all ihren KlientInnen um alles kümmern sollte. Auch eine wunderbar funktionierende Jugendwohlfahrt wäre nicht allwissend und könnte schon aufgrund elementarer Bedingungen und Möglichkeitsräume für Interventionen⁵ diese Aufgabe nicht erfüllen. Allzuständigkeit, so aufgefasst, wäre dann eine Last, eine heillose Überforderung. Allzuständigkeit, aufgefasst als Möglichkeit und Chance hingegen bedeutet generelle Offenheit dafür, was denn nun als Problem beschrieben wird. Sie bedeutet, Menschen nicht schon nach der Formulierung ihres Problems bzw. ihrer Frage kurz abzufertigen und an Spezialeinrichtungen weiterzuverweisen. Allzuständigkeit heißt, sich grundsätzlich für zuständig zu erklären, heißt, mit Engagement nicht zu warten, bis das Problem so weit eskaliert ist, dass man nicht mehr anders kann, als sich darum zu kümmern⁶.

Die behördliche Jugendwohlfahrt hat eine Stärke, und diese Stärke ist gerade die Behördlichkeit, ist ihre Ausstattung mit Machtmitteln und mit Autorität. Ihr Wort hat Gewicht, aber es muss auch gesagt werden. Selbst viele KlientInnen – sowohl Kinder/Jugendliche als auch Eltern – sehen die Autorität des Jugendamtes als Stärke an, und sie erwarten, dass das Amt deutlich spricht. Das wäre auszuspielen, nicht zu verleugnen, gerade auch bei den „kleinen“ Anfragen um Information und Beratung. Das ist der Bereich der Prävention, der den Jugendämtern zufallen würde, wenn sie nur bereit wären, ihn zu nehmen.

Soziale Diagnostik

In kaum einem anderen Handlungsfeld ist die Sozialarbeit so mas-

siv mit der Aufgabe konfrontiert, biografisch weitreichende Entscheidungen für die KlientInnen zu treffen. Deshalb ist es auch ihre professionelle Pflicht, diese Entscheidungen auf eine solide fachliche Basis zu stellen. Über lange Jahre wurden die Instrumente der sozialen Diagnostik gering geachtet – einer Verbesserung der Fachlichkeit von Entscheidungen war das nicht gerade zuträglich. Derzeit gibt es eine Reihe von Veröffentlichungen zum Thema⁷, die Diagnostik für die behördliche Jugendwohlfahrt ist allerdings noch stark an psychologischen Mustern (oder auch: psychologisierenden Missverständnissen der Jugendamtsaufgaben) orientiert (deutlich bei Harnach-Beck 2000). Es wäre dringend an der Zeit, sich eine sozialarbeiterisch fachlich fundierte und zumindest ansatzweise standardisierte Form der Diagnostik zu überlegen, die sozialarbeiterische Entscheidungen in ihrem Bereich auf ein Niveau heben, das in der Medizin und der Psychologie inzwischen erreicht ist. Hier würden sich meines Erachtens auch Forschungsinvestitionen der Jugendwohlfahrtsträger lohnen.

Obwohl: Diese Aufgabe und die oben genannten können nicht allein von den Trägerinstitutionen bewältigt werden, und wohl auch nicht nur in Österreich. Aufholbedarf gibt es international. Wenn der professionelle Standard der Sozialarbeit in der Jugendwohlfahrt angehoben werden soll, dann bedarf es institutionsübergreifender Foren. Und hier kommen wir zu dem, was ich für das Kernübel der Jugendwohlfahrt in Österreich halte, nämlich die fehlende Diskussion über die Institutionsgrenzen hinweg.

4. Erste Schritte

Was könnten erste Schritte für eine

ausständige Neuerfindung (oder zumindest: Reform) der Jugendwohlfahrt sein?

Am leichtesten zu machen sind punktuelle Pilotprojekte. Die hat es bisher schon gegeben, aber es könnten gerne mehr werden. Sozialraum bezogene Jugendwohlfahrtsplanung in einem Bezirk im Diskurs mit den freien Trägern; Family Decision Making als Versuch für ausgewählte Fälle in einem Bundesland; Erprobung des Einsatzes von Instrumenten der Sozialen Diagnostik. Über die Erfahrungen sollte dann aber auch berichtet und diskutiert werden.

Daher scheint es mir am wichtigsten zu sein, dass fachliche Foren der Diskussion geschaffen werden, zum Beispiel eine österreichische Zeitschrift für Jugendwohlfahrt. Für unverzichtbar halte ich einen österreichischen Jugendwohlfahrtstag, an dem zumindest alle 2 Jahre die wesentlichen Akteure (unter Einschluss von VertreterInnen der Kinder- und Jugendarbeit) zusammentreffen, die Situation diskutieren, Projekte und Forschungen vorstellen. Die Verantwortung für eine solche Initiative liegt letztlich bei den Landesjugendämtern. Sie müssten deutlich machen, dass sie über die gesellschaftliche Aufgabe und ihre gemeinsame Bewältigung zu reden bereit sind. Eine FH, die bei der Ausrichtung und der Sicherung der fachlichen Qualität behilflich ist, findet sich sicher.

Aushandeln der Ziele und Wege, das wäre der Weg, um die Jugendwohlfahrtsorganisation in einer pluralen demokratischen Gesellschaft ankommen zu lassen. Ein Aushandeln, das letztlich auch die KlientInnen einzuschließen hätte – der Weg ist lang, wie man sieht, aber er könnte lohnend sein.



Literatur:

Beham, Martina / Wintersberger, Helmut / Wörster, Karl / Zartler, Ulrike (2004): *Childhood in Austria: Cash and Care, Time and Space, Children's Needs, and Public Policies*. In: Jense, An-Magritt et. alii (Ed.): *Children's Welfare in Ageing Europe*, Vol. 1. Online-Publikation: <http://www.svt.ntnu.no/noseb/costa19/nytt/welfare/book.php> am 16.8.2005. Trondheim.

Brown, Louise (2002): *Evaluating Group Conferences in Child Protection in the UK*. In: *American Humane Association* (ed.): *1999 Family Group Decision Making National Roundtable Conference: Summary of Proceedings*.

Budde, Wolfgang / Früchtel, Frank (2005): *Fall und Feld. Oder was in der sozialraumorientierten Fallarbeit mit Netzwerken zu machen ist. Das Beispiel Eco-Mapping und Genogramarbeit*. In: *sozialmagazin* Nr. 6. S. 14-23.

Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.) (2004): *Ein Kindgerechtes Österreich. Nationaler Aktionsplan für die Rechte von Kindern und Jugendlichen, erstellt von der Republik Österreich gemäß Beschluss der UN-Sondergeneralversammlung, Weltkindergipfel 2002*. In: <http://www.kinderhabe-rechte.at>: 15.2.2005. Wien.

Freigang, Werner (1999): *Entinstitutionalisierung in der Jugendhilfe und ihre Folgen für die Professionalität in der Sozialarbeit*. Im Internet: www.sozaktivat (Archiv)

Hampe-Grosser, Andreas (2003): *Sozialraumorientierung – ein holistisches Gewebe? Ansichten zur Ressourcenreform in der Jugendhilfe*. In: *Das gepfefferte Ferkel*. Online-Journal für systemisches Denken und Handeln, September 2003. <http://www.ibs-networld.de/ferkel/juli-2003-hampe-grosser-sozialraum.shtml>: 15.1.2005. Aachen.

Harnach-Beck, Viola (2000): *Psychosoziale Diagnostik in der Jugendhilfe. Grundlagen und Methoden für Hilfeplan, Bericht und Stellungnahme*. 3. überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim.

Hubmer, Andrea (2004): *Dienstleistungsunternehmen Land Oberösterreich als lernende Verwaltung. Zur Umsetzbarkeit der wirkungsorientierten Verwaltung in der Jugendwohlfahrt Oberösterreich*. Master-Thesis an der Donau-Universität Krems.

Jense, An-Magritt et. alii (Ed.) (2004): *Children's Welfare in Ageing Europe*. Vol 1 and 2.. Online-Publikation: <http://www.svt.ntnu.no/noseb/costa19/nytt/welfare/book.php>, abgerufen am 16.8.2005. Trondheim.

Kleve, Heiko u.a. (2003): *Systemisches Case Management. Falleinschätzung und Hilfeplanung in der Sozialen Arbeit mit Einzelnen und Familien – methodische Anregungen*. Aachen.

Magistrat der Stadt Graz (Hg.) (2000): *Qualitätskatalog der Grazer Jugendwohlfahrt*. Graz.

Merkel-Holguin, Lisa (1996): *What is FGDM? Putting Families Back into the Child Protection Partnership: Family Group Decision Making*. In: *FGDM Online*: http://www.ahafgdm.org/what_is.htm am 8.3.2002.

Modellprogramm Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens (Hg.) (2003): *Hilfeplanung als Kontraktmanagement? Erster Zwischenbericht des Forschungs- und Entwicklungsprojekts "Hilfeplanung als Kontraktmanagement"*

In: cgi.dji.de/bibs/209_2253_Zwischenbericht.pdf am 11.8.2005. Koblenz.

Müller, C. Wolfgang (2002): *„Diagnose“: Das ungeliebte Handwerk – Herausforderung für die Fachleute des Jugendamtes*. In: *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*: Nr.1. S. 42-45.

National Association of Social Work – NASW (1992): *Standards for Social Work Case Management*. Approved by the NASW Board of Directors. Washington D.C.

Neuberger, Christa (2004): *Fallarbeit im Kontext flexibler Hilfen zur Erziehung. Sozialpädagogische Analysen und Perspektiven*. Wiesbaden.

Nikles, Bruno W. (o.J.): *Anforderungen, Chancen und Grenzen einer sozialraumorientierten Jugendhilfepraxis*. In: <http://www.presse.fh-koeln.de/service/publikationen/forschung/9800/sp.pdf>: am 5.1.2004. Internet.

Pantucek, Peter (2004): *Qualität durch Konkurrenz?. Referat auf der Fachtagung der sozialtherapeutischen Wohngemeinschaft Roseldorf*, 3.9.2004. Online-Text auf www.pantucek.com

Pantucek, Peter (2005): *Soziale Diagnostik. Verfahren für die Praxis Sozialer Arbeit*. Wien und Köln.

Roth, Klaus (2003): *Der Hilfeplan als Controllinginstrument im Bereich der Hilfen zur Erziehung*. In: *Jugendhilfe* 1/2003, Nr. 43. S. 19-30.

Soisson, Robert (2003): *Theoriefeindlicher Pragmatismus*. In: Homfeldt, Hans Günther / Branhorst, Katrin (Hg.): *Hilfe-, Schutz- und Kontrollorientierung in der Erziehungshilfe. Soziale Arbeit in einem grenzüberschreitenden Raum. Arbeitspapier am Zentrum für sozialpädagogische Forschung an der Universität Trier*. In: www.uni-trier.de/~paeda/pers_abt/abteilungen/pdfs/Arbeitspapier_I-03.pdf am 10.2.2005.. Trier. S. 33-45.

Textor, Martin R. (2000): *Vernetzung und Integration – Prinzipien moderner Jugendhilfe*. In: <http://www.sgbviii.de/S29.html>: 10.4.2004.

Treß, Helga (2002): *Prävention und Sozialraumorientierung*. In: Schröer, Wolfgang / Struck, Norbert / Wolff, Mechthild (Hg.): *Handbuch Kinder- und Jugendhilfe*. Weinheim.

Volz, Fritz-Rüdiger (1993): *„Lebensführungshermeneutik“. Zu einigen Aspekten des Verhältnisses von Sozialpädagogik und Ethik*. In: *neue praxis* Nr. 1+2. S. 25-31.

Volz, Fritz-Rüdiger (1996): *Professionelle Standards in der Sozialen Arbeit zwischen Ökonomisierung und Moralisierung. Ethische Aspekte*. In: *rundbrief gilde soziale arbeit* Nummer 1. S. 24-34.

Weißenstein, Regina (2004): *Erfahrungen mit dem Sozialraumbudget in der Jugendhilfe*. In: *Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll*: <http://www.ev-akademie-boll.de/texte/online/doku/400904/Weissenstein.pdf>: 15.1.2005. Bad Boll.

Willke, Helmut (1994): *Systemtheorie II: Interventions-theorie*. Stuttgart.

Wolff, Reinhart (2002): *Dialogische Qualitätsentwicklung – auf dem Weg zur lernenden Organisation*. In: *Mitteilungen des Landesjugendamts Westfalen-Lippe* 152/2002. S. 57-67.

¹ Als Zivilgesellschaft wird der nicht-staatliche Bereich der bürgerschaftlichen Selbstorganisation verstanden: Vereine, gesellschaftlich aktive Bürgerinnengruppen etc., die sich um Aspekte des Gemeinwesens sorgen.

² Die damalige Bundesakademie für Sozialarbeit St.Pölten veranstaltete ab 1989 unter Leitung des inzwischen leider verstorbenen Hans Hovorka einige Lehrgänge zu „Gemeinwesenorientiertem Sozial-Management“, die nicht nur die ersten Sozial-Management-Lehrgänge in Österreich waren, sondern auch den aktuellen Hype der „Sozialraumorientierung“ inhaltlich vorwegnahmen. Der Autor hatte das Glück, von Anfang an in Organisation und Lehre bei diesen Kursen eingebunden zu sein.

³ Die Deutsche Gesellschaft für Sozialarbeit und die Deutsche Gesellschaft für Care- und Case-Management haben Richtlinien für die Ausbildung von Case-ManagerInnen erarbeitet. Zertifikate entsprechend diesen Richtlinien sind ab 2006 auch an der FH St.Pölten zu erwerben (www.casemanagement.at).

⁴ Fritz-Rüdiger Volz (z.B. 1993) bevorzugt diesen Terminus aus gutem Grund.

⁵ Sh. dazu die systemisch-konstruktivistische Interventionstheorie (Willke 1994); außerdem verbietet die für heutige demokratische Gesellschaften charakteristische Vielfalt an Konzepten, wie denn zu leben sei, ein allzu umfassend normensetzendes Engagement gesellschaftlicher Einrichtungen.

⁶ Ich kenne KollegInnen, die sich gleichzeitig einerseits darüber beschwerten, dass sie als JugendamtssozialarbeiterInnen immer zu spät kommen, und andererseits telefonische Anfragen über „Kleinigkeiten“ als Belästigung empfinden, die sie gerne an niedrig oder gar nicht qualifiziertes Personal abwälzen.

⁷ Ich verweise am liebsten auf mein eigenes Buch: Pantucek 2005.



Peter Pantucek, geb. 1953, ist Sozialarbeiter, Soziologe und Supervisor. Nach 15 Jahren Praxis am Wiener Jugendamt lehrt er an der FH St.Pölten und an der Donau-Universität Krems. Thematische Schwerpunkte: Methodik der Sozialarbeit, Case Management und Soziale Diagnose. Div. Publikationen, zuletzt der Band „Haus Melde-mannstraße“ gemeinsam mit Herta Hurnaus, Gottfried Kerbel, Wolfgang Paterno und „Hochwasser 2002 – eine Bildchronik. Grafenwörth, Kirchberg, Königsbrunn“ als Herausgeber gemeinsam mit Gertraud Pantucek. www.pantucek.com

Verein Hilfe für Kinder und Eltern

Mag. Susanna Rothmayer/DSP Barbara Künschner

Der Verein Hilfe für Kinder ist seit 20 Jahren Träger des ersten Linzer Kinderschutzzentrums und seit 10 Jahren Anbieter der Sozialpädagogischen Familienhilfe SFH. In beiden Bereichen ist die Jugendwohlfahrt des Landes OÖ Hauptauftraggeber und somit seit vielen Jahren unser wichtigster Partner.

Wir möchten im folgenden Beitrag die Veränderungen der langjährigen Zusammenarbeit, die uns mit der Jugendwohlfahrt des Landes OÖ verbindet, analysieren; positive, aber auch kritische Aspekte beleuchten und auch einen Blick in die Zukunft werfen.

Wirkungsorientierte Verwaltung als neuer Managementansatz in der JWF OÖ

Dass sich die Jugendwohlfahrt OÖ massiv verändert hat, ist unübersehbar. Das Bild einer Behörde weicht dem Bild einer Servicestelle. Sozial-Landesrat Josef Ackerl formuliert: „Die öffentliche Jugendwohlfahrt hat sich gewandelt. Sie versteht sich heute als Serviceeinrichtung: Sowenig Behörde wie notwendig, soviel Hilfe, Beratung und Unterstützung als möglich.“ Es geht dabei aber nicht nur um das Image. Akute Finanznöte zwingen zu mehr Sparsamkeit und Effizienz. Neuen Anforderungen wird insofern Rechnung getragen, als moderne Medien und Werbekampagnen dort eingesetzt werden, wo es darum geht, Bevölkerungsgruppen zu überzeugen, Hilfe rechtzeitig in Anspruch zu nehmen (Prävention, Vermeidung sozialer Folgekosten);

als moderne Planungs- und Steuerungsmethoden eingeführt werden, um aktuellen Wirksamkeits- und Effizienzkriterien zu entsprechen. Man spricht von wirkungsorientierter Verwaltung, entwickelt Produktdefinitionen, ambitionierte Zielvorgaben, Steuerungs- und Regelkreise. Durch wissenschaftliche Studien externer Institute wird die Leistung der freien Träger evaluiert, und man scheut sich nicht davor, die eigene Arbeit in diesen Abfragen transparent und kritisch einzubeziehen.

Mit Dr. Gabriele Haring steht eine Leiterin an der Spitze des Teams der Jugendwohlfahrt, das die konstruktive Zusammenarbeit mit den freien Trägern zu ihren Grundsätzen gemacht zu haben scheint. Denn die Entwicklung neuer Qualitätsdefinitionen und die Umsetzung von Strategiprojekten erfolgt jedenfalls in Rückkopplung mit den freien Einrichtungen.

Welche Auswirkungen diese Optimierungsprozesse der Jugendwohlfahrt auf die unmittelbare Zusammenarbeit mit den Auftragnehmern haben, schildern wir anhand der Einrichtungen Kinderschutzzentrum Linz und Sozialpädagogische Familienhilfe SFH des Vereins Hilfe für Kinder und Eltern.

Kinderschutzzentren in Auftrag der JWF in Oberösterreich

In Oberösterreich arbeiten 6 Kinderschutzzentren in Auftrag des

Landes OÖ. Mit der finanziellen Subvention einer Einrichtung bzw. eines Projektes geht zugleich auch eine inhaltliche Einflussnahme sowie die Vorgabe und Kontrolle von Zielen einher. Selbstverständlich bedeutet die Einflussnahme einer Hoheitsbehörde auch Autonomieverlust. Welche Erfahrungen wir in diesem Wechselverhältnis bisher sammeln konnten, beschreiben wir im Folgenden.

Aufgaben der Kinderschutzzentren

Kinderschutzzentren sind Familienberatungsstellen mit Spezialisierung im Bereich Gewalt in Familien und Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

Hauptaufgabe der Kinderschutzzentren (KISZ) ist das Angebot von Beratung und Psychotherapie in Fällen von Gewalt in Familien, z.B. in Form von Vernachlässigung, Misshandlung oder sexuellem Missbrauch. Darüber hinaus werden im Rahmen der Interventionsplanung professionelle Helfer aus anderen Institutionen beraten und Kooperationskontakte und Helferkonferenzen organisiert.

Für Kinder und Jugendliche, die Opfer von Gewalt geworden sind, bietet das KISZ Prozessbegleitung im Strafprozess an.

Die beraterische und therapeutische Arbeit des Kinderschutzzentrums ist hilfeorientiert und geht von dem Verständnis aus, dass Gewalt gegen Kinder im Kontext psychischer, sozialer und gesellschaftlicher Zusam-

menhänge verstanden werden muss. Daher ist über die Einzelfallarbeit hinausgehend die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Bedingungen von Gewalt Bestandteil der Arbeit und findet in der Öffentlichkeitsarbeit und in präventiven Maßnahmen ihren Ausdruck.

Fachlich-inhaltliche Autonomie als Qualitätskriterium im Widerspruch zu den Qualitätsdefinitionen des Auftraggebers?

Die fachlich-inhaltliche Autonomie in der Fallarbeit ist ein Qualitätsmerkmal der Kinderschutzzentren und erfordert die entsprechende Einbindung in die Jugendwohlfahrt in freier Trägerschaft.

Im Zuge der Professionalisierung Sozialer Arbeit einerseits und in Folge von Ressourcenverknappung

Damit zusammenhängend entstehen bei freien Trägern Ängste vor zuviel Einflussnahme durch Hoheitsbehörden und Geldgeber oder vor zu viel Bürokratisierung durch Qualitätssicherungsmaßnahmen.

Die Furcht vor Bürokratisierung und vor unerwünschter Einflussnahme seitens der Jugendwohlfahrt in die Arbeitsabläufe des Kinderschutzzentrums bewirkt eine gewisse kritische Distanz gegenüber Qualitätssicherungsmaßnahmen.

Hier muss Klarheit geschaffen werden: Qualitätssicherung ist nicht gleichzusetzen mit gesetzlicher Regelung, mit Dokumentationssystemen, Leitlinien oder Kontrollen von Kostenträgern, sie ist vielmehr ein Entdeckungs- und Entwicklungsprozess im Rahmen der praktischen Arbeit. So dient z.B. eine Teambesprechung oder eine Inter-

rierter Abläufe.

Interventionsleitlinien, Dokumentationen, Zielvereinbarungen und Ergebniskontrolle sind dazu lediglich Instrumente oder Hilfsmittel.

Die Ziele der Kinderschutzarbeit sind nur in guter Kooperation zwischen Jugendwohlfahrt und freien Trägern zu erreichen. Sie erfolgt auf zwei Ebenen: 1. Fallbezogen zwischen MitarbeiterInnen der Kinderschutzeinrichtung und der zuständigen Sozialarbeiterin der Jugendwohlfahrt 2. Auf der Ebene der Kinderschutzeinrichtung als Auftragnehmer der Jugendwohlfahrtsbehörde.

Sozialpädagogische Familienhilfe des Vereins Hilfe für Kinder und Eltern

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist im Jugendwohlfahrtsgesetz



andererseits wird in den letzten Jahren das Thema Qualitätssicherung allerorten immer bedeutsamer.

visionssitzung im Kinderschutzzentrum der Qualitätssicherung mehr als die Verschreibung struktu-

geregelt. Freie Träger führen diesen Familiendienst durch. Die SFH ist einer davon. Das systemische An-

gebot richtet sich an Familien, die bei der Pflege und Erziehung von Minderjährigen Unterstützung benötigen.

Sei es, weil deren minderjährige Kinder einer Gefährdung ausgesetzt sind und von Seite der Jugendwohlfahrt Veränderungen gefordert werden, sei es, dass die Familie sich in einer Krise befindet oder Leidensdruck empfindet und bereit ist, externe Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Die Auftragserteilung erfolgt durch die Abteilung Jugendwohlfahrt des jeweiligen Bezirkes. Die Rahmenbedingungen dafür gibt die Jugendwohlfahrt des Landes OÖ vor.

Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit fördern, Lebensperspektiven entwickeln

Die SFH verfolgt das Ziel, die Fähigkeit der Eltern bzw. der/des Erziehenden derart zu stabilisieren, dass ein gemeinsames Zusammenleben wieder möglich ist. Ebenso ist es Ziel der SFH, die Selbstständigkeit des/der Jugendlichen bzw. Ablösungsprozesse zu unterstützen.

Die FamilienbetreuerInnen der SFH sind dabei u.a. mit folgenden Themen konfrontiert: Auffälligkeiten und Hyperaktivität von Kindern/Jugendlichen, Probleme in Kindergarten, Schule, Hort, Lernschwierigkeiten; Berufliche Perspektivlosigkeit; Überforderung, Arbeitslosigkeit, Psychische Krisen und Krankheiten, Suchtproblematik, Vernachlässigung, Gewalt, Missbrauch; Finanzschwierigkeiten, De-logierungsproblematik.

Die sozialpädagogischen Interventionen werden in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen SozialarbeiterInnen des Auftraggebers erstellt. Wichtigste Methode der

direkten Betreuung ist der Hausbesuch. Die inhaltliche Arbeit der SFH wird von folgenden Handlungsprinzipien geleitet: Hilfe zur Selbsthilfe; Multiperspektivische Fallarbeit; Ressourcenorientierung; Lösungsorientierung; Systemische Methodenvielfalt. Für Kinder bietet die SFH eine spezielle Spielpädagogik an.

Im Jahr 2004 betreute die SFH 81 Familien mit insgesamt 215 Kindern. Eine Familienbetreuung dauert durchschnittlich 21 Monate.

Rahmenbedingungen der Jugendwohlfahrt für die SFH

Für die sozialpädagogische Arbeit mit Familien gibt die Jugendwohlfahrt des Landes OÖ detaillierte Vorgaben für die Leistungserfassung und die Kostenrechnung vor. Die Leistungen, die an den Familien erbracht werden, unterliegen exakt definierten Rechnungslegungskriterien, die Einhaltung der Kostenrechnungsrichtlinien wird vorausgesetzt.

Der Auftraggeber verfolgt das Ziel, beste Qualität zu effizienten Rahmenbedingungen zu erhalten.

Sowohl auf Leitungs-, als auch auf Sozialarbeiterebene führen diese Vorgaben oftmals voreilig zu der Einschätzung, ihnen nicht entsprechen zu können, ohne wertvolle qualitative Grundlagen der Sozialen Arbeit aufgeben zu müssen. Ein hohes Maß an Flexibilität ist dabei von den Einrichtungen gefordert.

Überaus bedeutend für diese Prozesse erscheint gegenseitige Wertschätzung und Vertrauen. Wird seitens der Behörde Wertschätzung und Verständnis für die Sozialarbeit vermittelt, so fällt es auch den tagtäglich mit den KlientInnen in

schwierigsten Umfeldern arbeitenden SozialpädagogInnen oder SozialarbeiterInnen leichter, über neue Vorgaben nachzudenken und Wege zu finden, diese auch einzuführen.

Meist werden für die Implementierung neuer Kriterien auch Übergangszeiten vereinbart.

Ein Strategieprojekt der JWF OÖ als Antwort auf neue Herausforderungen

Seit Entstehung des 1. Kinderschutzzentrums in Linz vor 20 Jahren sind Kinderschutzzentren in Österreich fester Bestandteil des Angebotes der Jugendwohlfahrt geworden und konnten gleichzeitig ihre inhaltliche und fachliche Autonomie durch die freie Trägerschaft sichern. Das Angebot in den Kinderschutzzentren hat sich aufgrund von Spezialisierung und der Entwicklung weiterer familienunterstützender Angebote, wie z.B. der Sozialpädagogischen Familienhilfe, den neuen Anforderungen gemäß verändert.

Da sich in der Vergangenheit die Angebotslandschaft im Bereich der Jugendwohlfahrt stark auf Initiativen und Innovationen von Seiten der Träger gestützt hat, die Jugendwohlfahrt aber gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag die Angebote zur Verfügung stellt, hat die Oberösterreichische Landesregierung Abteilung Jugendwohlfahrt ein Strategieprojekt entwickelt, in dem Zielvorgaben, Inhalte und Wirkungen des Angebots untersucht und festgeschrieben werden sollen. Ein erster Schritt in diesem Projekt war die Erfassung einer umfangreichen Eigen- und Fremdbildanalyse in den verschiedenen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt.

Eines der Ergebnisse dieser Umfrage, bei der die Kinderschutzzentren ein insgesamt außerordentlich positives Ergebnis erzielten, dürfte hinsichtlich des Zusammenspiels von Freien Trägern und Jugendwohlfahrt von besonderem Interesse sein: Auf die Frage nach Verbesserungsvorschlägen für die Zusammenarbeit von Jugendwohlfahrt und Jugendwohlfahrtsträgern wurde als mit Abstand häufigste Aussage der Wunsch nach mehr und verbesserter Information und Kommunikation und die rechtzeitige Bekanntgabe von Veränderungen benannt.

Dieses Anliegen an gute Kommunikation ist unseres Erachtens die beste Ausgangsbasis für die anstehenden Aufgaben der Qualitätssicherung in der Jugendwohlfahrt.

Herausforderungen für die Zukunft Gemeinsame Qualitätsansprüche definieren

Für die kommenden Jahre kündigt die Jugendwohlfahrt OÖ weiterführende Qualitätsdefinitionsprozesse an.

Seitens der Vertreter der Einrichtungen ist es dabei unerlässlich, nachvollziehbar und verständlich die Rahmenbedingungen der unmittelbaren Sozialarbeit, eigene Ansprüche, Qualitätsgrundsätze und Voraussetzungen für wirksame Sozialarbeit zu definieren. Weiterhin geht es im Sozialmanagement auch darum, nachzuweisen, dass kostenbewusst gearbeitet wird, Optimierungsprozesse durchgeführt werden und die Qualität der Sozialarbeit gesichert wird. Gesellschaftspolitisch sehen wir uns gefordert, soweit wie möglich die Nachhaltigkeit unserer Sozial- und Familienarbeit unter Beweis zu stellen.

Im Kinderschutzzentrum Linz und in der SFH besteht aufgrund der historischen Pionierarbeit und Vorreiterrolle des Vereins sowohl gegenüber dem Klientel, als auch gegenüber den Kostenträgern von Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere aber gegenüber der Jugendwohlfahrt als wichtigstem Kooperationspartner ein sehr hoher Qualitätsanspruch.

Die Aufgabe der Zukunft wird es sein, diesen Qualitätsanspruch zu dokumentieren, die Maßnahmen der Qualitätssicherung zu belegen und mit den Vorstellungen der Jugendwohlfahrt in ein sinnvolles Zusammenspiel zu bringen.

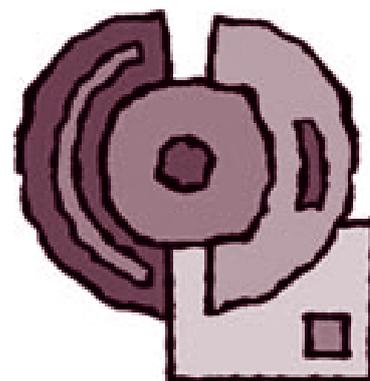
Dazu ist die gemeinsame Erarbeitung von Begriffen und Konzepten wünschenswert und notwendig: Was ist Qualität von Kinderschutzmaßnahmen? Was ist Qualität von sozialpädagogischen Maßnahmen? Welche Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitäten sollen definiert werden?

Wie kann Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement im KISZ bzw. in der SFH durchgeführt werden?

Und das alles vor dem Hintergrund der Frage: Wie bleibt die notwendige Autonomie der Einrichtungen erhalten?

Was allerdings diesen gemeinsamen positiven Entwicklungsweg durchkreuzen könnte, wäre eine weitere massive Verknappung der finanziellen Ressourcen der Jugendwohlfahrt und damit verbunden ein Abgehen von Qualitätsstandards und einer Politik der Prävention und Nachhaltigkeit.

Anlässlich unseres 20 jährigen Bestehens laden wir am 4.11. zu einer Fachtagung in Linz.



Mag. Susanna Rothmayer, Sozialwirtin, Ausbildung in Projektmanagement und Controlling, Geschäftsführerin Verein Hilfe für Kinder und Eltern seit 2004

Barbara Künschner ist Diplom Sozialpädagogin FH, Psychotherapeutin und Leiterin des Kinderschutzzentrums Linz

Kinderschutz-Zentrum Linz
Langgasse 10
4020 Linz
Tel: 0732 781666
Mail: kisz@kinderschutz-linz.at
www.kinderschutz-linz.at

Sozialpädagogische Familienhilfe
SFH
Starhembergstrasse 11
4020 Linz
0732 777004
sfh@sfh-ooe.at
www.sfh-ooe.at

JU-Quest: Trends und Entwicklungen in der Jugendwohlfahrt.

Ein Forschungs- und Vernetzungsprojekt

Dr. Hermann Putzhuber

Das wirtschaftliche und soziokulturelle System Österreichs hat sich in den letzten Jahrzehnten tiefgreifend verändert: Globalisierung, zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Individualisierung, Pluralisierung der Lebensformen, Wertewandel usw. tauchen als Stichworte immer wieder auf. Diese Veränderungen zeigen sich auch im Bereich der Jugendwohlfahrt. Mit einer Vielfalt an Angeboten wird auf neue Herausforderungen reagiert. Mit inhaltlichen Veränderungen und dem politischen Druck nach Effizienz, Effektivität und Qualität in der Jugendwohlfahrt wird von öffentlichen wie freien Trägern sehr unterschiedlich umgegangen. Der Eindruck einer „Unübersichtlichkeit“, wie sie für die modernen Industriegesellschaften generell konstatiert wird, gilt auch für die österreichische Jugendwohlfahrt. Eine überregionale und öffentliche Auseinandersetzung zu aktuellen Entwicklungen in der Jugendwohlfahrt gibt es allerdings kaum und die Vernetzung als Basis für die Diskussion und Weiterentwicklung von Angeboten und Strategien ist noch in geringem Ausmaß gegeben.

Hier setzt das institutionen- und trägerübergreifende Projekt „JU-Quest“ an.¹ Die Grundintention dieses Projektes ist, das Medium Internet zu nutzen um ein neues Forum für eine fachliche Diskussion zur aktuellen Situation und zukünftigen Entwicklung der österreichischen Jugendwohlfahrt zu schaffen. Darüber hinaus soll eine intensivere Vernetzung der mit

Jugendwohlfahrtsfragen befassten Fachleute ermöglicht werden.

Derzeit wird ein Mal pro Jahr eine Online-Befragung zu Entwicklungen und Trends in der österreichischen Jugendwohlfahrt durchgeführt, deren Ergebnisse im Internet veröffentlicht werden. Um die Vernetzung zu fördern und eine intensivere Auseinandersetzung zu aktuellen Themen zu ermöglichen, wird jährlich eine ExpertInnenkonferenz organisiert. Befragt werden zum einen Fachleute, die im unmittelbaren Jugendwohlfahrtskontext arbeiten. Zum anderen werden Menschen miteinbezogen, die in angrenzenden Arbeitsfeldern, wie z.B. in der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder in Ausbildungseinrichtungen, tätig und in ihrer Arbeit immer wieder mit Jugendwohlfahrtsfragen konfrontiert sind. Alle Bundesländer und möglichst viele Arbeitsfelder der Jugendwohlfahrt bzw. angrenzender Bereiche sollen vertreten sein.

Erste Ergebnisse

Bisher wurden drei Befragungen durchgeführt. Sie erfassen zentrale Themen, mit denen sich die ExpertInnen in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern beschäftigen, sowie Erklärungsmuster und Zusammenhänge, auf deren Grundlage sie ihre Arbeit gestalten und zur Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Österreich beitragen. Geantwortet haben bei der ersten Befragung 34, bei der zweiten 39 und bei der dritten 60 TeilnehmerInnen.

Aus den Antworten lassen sich einige allgemeinere Tendaussagen herausfiltern:

- 1) Zu erwarten sind eine Reihe von neuen Herausforderungen für die Jugendwohlfahrt.
- 2) Das Geld wird knapper.
- 3) Um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, braucht es neue Strukturen.
- 4) Notwendig wird ein vielfältiges, flexibles Angebot.
- 5) Professionalisierung und Qualitätssicherung sind auch in der näheren Zukunft relevante Themen.

Im Folgenden sollen diese Kernaussagen noch einmal etwas differenzierter dargestellt werden

Zentrale Herausforderungen:

Die befragten ExpertInnen haben eine Reihe von gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen und rechtlichen Entwicklungen angegeben, die in zweierlei Hinsicht für die Jugendwohlfahrt relevant sind.

Zum einen gehen viele Äußerungen in die Richtung, dass für die Jugendwohlfahrt ein Druck entsteht, weil die Lebenslagen vieler Menschen schwieriger, die Sozialisationsbedingungen komplexer und die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten prekärer werden. So wird zum Beispiel die Gefahr einer zunehmenden Auflösung sozialer Bindungen und Beziehungen postuliert.

Demographischen Veränderungen wird ein hoher Stellenwert eingeräumt. Eine deutliche mehrheitliche Zustimmung gab es zum Beispiel zur These, dass Kinder und Jugendliche aufgrund der sinkenden Kinderzahl zur Projektionsfläche immer umfangreicherer Hoffnungen und Erwartungen und dadurch verunsichert und überfordert werden. Große Bedeutung wird auch der sich durch zunehmende Migration entwickelnden multiethnischen Gesellschaft und den dadurch entstehenden Integrationsherausforderungen zugeschrieben.

Im Bezug auf die Erwerbsarbeit wird ein zunehmender Druck konstatiert. Einerseits wird darauf verwiesen, dass Eltern mit Kindern den hohen Anforderungen an Arbeitsleistung, Flexibilität und Mobilität immer schwerer nachkommen können. Auf der anderen Seite steht eine große Unsicherheit bezüglich Arbeitsplätzen – besonders für Jugendliche – und Arbeitslosigkeit als Belastungsfaktor für Familien mit Kindern.

Kritisch wird auf eine zunehmende Ökonomisierung aller Lebensbereiche hingewiesen und insgesamt ist häufig von einer generellen Verschlechterung der Lebensbedingungen von Familien die Rede und davon, dass die Kluft zwischen Reich und Arm größer wird.



Zum anderen wird auf einer sozialpolitischen Ebene ein Abbau des Sozialstaates und der Rückzug des Staates aus immer mehr Bereichen befürchtet. In diesem Kontext wird auch eine zunehmende „Individualisierung“ sozialer Problemlagen im öffentlichen/politischen Diskurs festgestellt. Dabei stehen die befragten ExpertInnen mehrheitlich einer solchen ablehnend gegenüber. Ebenso wird daran festgehalten, dass es Sache des Staates sei, die strukturellen Bedingungen für Eigenverantwortung und Selbsthilfe zu gewährleisten.

Befürchtet wird insgesamt eine Tendenz zu Intervention, Reparatur und Schadensbegrenzung anstatt einer Orientierung auf Prävention, eine zunehmende Orientierung auf Verwahrung statt auf Entwicklung.

Der finanzielle Rahmen wird enger:

Das Thema der Finanzierung von Jugendwohlfahrtsleistungen hat in

allen drei Befragungen einen breiten Raum eingenommen. Die These, dass in Zukunft auch für die Jugendwohlfahrt weniger öffentliche Gelder zur Verfügung stehen werden, halten fast alle Befragten für zutreffend und gehen großteils davon aus, dass dieser Ausfall durch private Mittel kompensiert werden muss. Auch Leistungskürzungen werden befürchtet. Diese Grundtendenz scheint von vielen als gegeben angenommen zu werden, nur wenige kritisieren die Sparpolitik direkt.

Befürchtet wird eine Dominanz der Kostengünstigkeit als entscheidender Faktor in der Gestaltung der Angebote, zunehmender Effizienzdruck, Einschränkungen des Zugangs durch Selbstbehalte oder ein zunehmender Druck, Mittel aus nicht-öffentlichen Quellen zu lukrieren. Allerdings wurde auch deutlich gefordert, dass Jugendwohlfahrtsleistungen hauptsächlich aus öffentlichen Geldern finanziert werden sollten. Die Akquirierung

INTERNATIONALES SYMPOSIUM ZUR MODERNISIERUNG DER ÖFFENTLICHEN ERZIEHUNG - „GANZTAGSBILDUNG“

Die Ergebnisse von PISA 2003 haben in Österreich zu einer Grundsatzdebatte um die öffentliche Erziehung von Kindern und Jugendlichen geführt, die nicht auf die Schule begrenzt ist, sondern auch die vor- und außerschulische Bildung und Erziehung einbezieht. In dieser Situation ist es gewiss sinnvoll zu prüfen, was von anderen europäischen Überlegungen, Konzepten und Erfahrungen gelernt werden kann für eine neue Phase der Bildungsreformen in Österreich. Deshalb führt der Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule Technikum Kärnten das folgende Symposium mit ExpertInnen aus verschiedenen europäischen Ländern durch.

Eröffnungsvortrag Profⁱⁿ. Drⁱⁿ. M. du Bois-Reymond (Universität Leiden, NL): „Ganztagsbildung - Ein europäisches Projekt?“

Block I

- Integratives Themenfeld „Sozialraumorientierung“
Univ.-Prof. Dr. B. Hackl (Universität Graz)
Mag. R. Krisch (Verein Wiener Jugendzentren)
- Integratives Themenfeld „Sozialpädagogik in der Schule“
Univ.-Profⁱⁿ. Drⁱⁿ. U. Popp (Universität Klagenfurt)
Drⁱⁿ. K. Wetzl (FH Technikum Kärnten)

Block II

- Integratives Themenfeld „Ganztagschule“
R. Altersberger (Vizepräsident des Landesschulrates Kärnten)
DSA J. Coulin-Kuglitsch (FH Campus Wien)
K. Nekula (Vorsitzender des Dachverbandes der Pflichtschulleiternvereine)
- Integratives Themenfeld „Internationale Tendenzen“
D. Tuggener (Pädagogische Hochschule Zürich, CH)
Dipl. Pädⁱⁿ. K. Jauhainen (Bildungsreferentin für das finn. und deutsche Schulsystem, FIN)

Abschlussvortrag Prof. Dr. K.H. Braun (Hochschule Magdeburg – Stendal, BRD): „Erziehungsräume und Bildungshorizonte von Ganztagsbildung“

Veranstalter: FH Technikum Kärnten, Studiengang Soziale Arbeit **Termin:** 10. November 2005, 9.00 – 17.30 Uhr **Ort:** FH Technikum Kärnten, Feldkirchen



Weitere Infos:
s04kic@fh-kaernten.at
www.fh-kaernten.at

bezahlte Anzeige

privater Mittel über Sponsoring oder Spenden wurde zwar befürwortet, zur Sicherung der Finanzierung ihrer Leistungen sollte sich die Jugendwohlfahrt aber vorrangig um „politisches und gesellschaftliches Lobbying“ bemühen.

Umgekehrt wird von manchen der finanzielle Druck auch als Motor für eine Steigerung der Effizienz – durch bedarfsgenauere Angebote, flexiblere Lösungen und Evaluation als Basis für mehr „Treffsicherheit“ – gesehen. Und es werden Möglichkeiten der Kostenreduktion gesehen. Bessere Koordination, Abbau bürokratischer Hindernisse in der Zusammenarbeit und bei der Finanzierung, Nutzung von Synergien werden als Stichworte genannt.

Es braucht neue Strukturen:

Strukturelle Veränderungen werden

von vielen für notwendig gehalten, um die zu erwartenden neuen Anforderungen zu bewältigen. Mehrheitlich erwartet wird eine Konzentration der öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger auf das strategische Management (d.h. Planung, Steuerung und Kontrolle) und die Delegation des operativen Geschäftes an freie Träger. Ob sich durch eine weitgehende Delegation der nicht-hoheitlichen Aufgaben der Jugendwohlfahrt an freie Träger „marktförmige“ Strukturen etablieren bzw. etablieren können, scheint eher bezweifelt zu werden. In der Auslagerung bisher staatlicher Aufgaben wird allerdings von manchen auch ein Potenzial für innovative Entwicklungen gesehen. Bezüglich der freien Jugendwohlfahrtsträger wurde des öfteren die Gefahr angesprochen, dass kleine Träger aus wirtschaftlichen Gründen ihre Tätigkeit einstellen müssen, und letztendlich nur mehr eini-

ge wenige große Träger übrigbleiben.

Erwartet wird auch eine Zunahme von ehrenamtlichen Tätigkeiten, forciert vor allem aus finanziellen Erwägungen. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden dabei nicht grundsätzlich abgelehnt, es wird aber sehr deutlich festgehalten, dass nicht jede Tätigkeit von Ehrenamtlichen übernommen werden kann und ein Einsatz nicht-professioneller MitarbeiterInnen immer primär inhaltlich begründet sein muss.

Eine Verlagerung der Schwerpunkte der Sozialen Arbeit in Richtung „Sozialmanagement“ halten die befragten ExpertInnen mehrheitlich für wahrscheinlich.

Generelle Tendenz: mehr Flexibilität

Eine Grundforderung die sich durchzieht, ist die nach mehr Flexibilität, Kommunikation und



Verein Hilfe für Kinder und Eltern lädt zur

Fachtagung

20 Jahre Kinderschutzzentrum Linz
10 Jahre Sozialpädagogische Familienhilfe

Freitag 4. November 2005, 10.30 Uhr
Linz - Offenes Kulturhaus - Dametzstr. 30

Eröffnung

LAbg. Dr. Walter Aichinger
Landesrat Josef Ackerl
Vbm. Dr. Ingrid Holzhammer

Referate

Prim. Dr. Werner Leixnering,
Leitung Abt. Jugendpsychiatrie Wagner-Jauregg KH Linz
Dr. Bibiana Schuch,
Universitätsklinik für Neuropsychiatrie des Kindes- u. Jugendalters
Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl,
Leiter Abt. Sozialpädagogik Inst. für
Erziehungswissenschaften Univ. Graz

Moderation

Dr. Hans Krottenthaler
www.kinderschutz-linz.at

Neuerscheinung Mai 2005

Gesundheitsbezogene Sozialarbeit

Eine Erkundung der Praxisfelder

Hrsg. von **Karlheinz Ortmann** und **Heiko Waller**
2005. V., 180 Seiten. Kt. ISBN 3896769545. € 18,-
Grundlagen der Sozialen Arbeit Band 13



Mit diesem Buch werden zwei Ziele verfolgt: Zum einen sollen die wichtigsten und bereits etablierten Praxisfelder der „Sozialarbeit im Gesundheitswesen“ in Deutschland vorgestellt werden. Zum anderen soll anhand von ausgewählten Beispielen auf die Bedeutung der „Gesundheitsarbeit im Sozialwesen“ aufmerksam gemacht werden, eine überaus wichtige und derzeit vielfach noch unterschätzte Entwicklung innerhalb der Sozialarbeit.

Für diese Erkundungen bestehender und potentieller Praxisfelder der gesundheitsbezogenen Sozialarbeit wurden namhafter Autoren gewonnen. Deren Beiträge sollen den Leser sowohl grundlegend über die Praxisfelder informieren als auch einladen, die angesprochenen Themenbereiche zu vertiefen.

Das Buch wendet sich an alle Leser, die sich in kompakter Form über die Handlungsfelder der gesundheitsbezogenen Sozialarbeit informieren möchten, insbesondere aber an Studierende der Sozialarbeit und Sozialpädagogik sowie an Studierende und Angehörige anderer Professionen und Fächer (z. B. Medizin, Psychologie, Pflege, Gesundheitswissenschaft) mit Gesundheitsbezug.

Mit **Beiträgen** von Christiane Deneke, Norbert Gödecker-Geenen, Rainer Hoehne, Hans Günther Homfeldt, Albert Mühlum, Karlheinz Ortmann, Peter Reinicke, Günter Rosenhagen, Karl-Heinz Stange, Gerhard Trabert, Heiko Waller, Heinz Witteriede, Ralf-Bruno Zimmermann

Schneider Verlag Hohengehren · Wilhelmstr. 13 · D-73666 Baltmannsweiler

Kooperation und dem Abbau von Strukturen, die dies verunmöglichen. Dies zeigt sich zum einen darin, dass unflexible Strukturen, starre Abgrenzungen in unterschiedlichsten Kontexten für Doppelgleisigkeiten, inadäquate Angebote und letztendlich für unnötige Kosten verantwortlich gemacht werden. Auf der anderen Seite wird – zumindest in den Soll-Vorstellungen der TeilnehmerInnen – eine paradigmatische Verschiebung in die Richtung eines Ausbaus von Gemeinwesenarbeit, Forcierung von Sozialraumorientierung und Strategien des Empowerment sichtbar. Erwartet werden von einem solchen Paradigmenwechsel dann auch flexiblere, passgenauere Angebote, mehr (oder andere) Kommunikation und eine neue Qualität der Zusammenarbeit.

Professionalisierung und Qualitätssicherung:

Festgehalten wird ein Trend zu zunehmender Professionalisierung in der Jugendwohlfahrt. Befürchtet wird dabei, dass sich unter dem finanziellen Druck die Rahmenbedingungen nicht entsprechend weiterentwickeln und immer höher professionalisierte Menschen unter immer schlechteren Bedingungen arbeiten müssen oder aber kein entsprechend professionelles Personal mehr zu finden sein wird. Qualitätssicherung bzw. -entwicklung wird häufig im Kontext der enger werdenden finanziellen Ressourcen artikuliert. Manche ExpertInnen befürchten einen Qualitätsverlust durch das Einfordern zusätzlicher Qualitätsstandards bei gleichbleibenden finanziellen Ressourcen. Andere gehen davon aus, dass der finanzielle Druck Impulse zur Verbesserung der Qualität setzt, und zu genauerer Bedarfsfeststel-

lung, zunehmender Standardisierung, Vergleichbarkeit und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards drängt. Insgesamt wird deutlich, dass Qualitätssicherung nach wie vor ein kontroversielles Thema ist und die Frage, was Qualität in der Sozialen Arbeit ist, offen bleibt.

Zukunftsthemen: Prävention, Integration und Partizipation

Wenn es um Veränderungen der Aufgaben der Jugendwohlfahrt geht, dann wird am häufigsten der Bereich der Prävention angesprochen. Präventiven Angeboten wird eine zunehmende Bedeutung beigemessen. Prävention ist aber auch der durch Sparmaßnahmen bedrohteste Bereich. Sichtbar wurde zudem, dass Prävention nicht von allen TeilnehmerInnen zu den primären Aufgaben der Jugendwohlfahrt gezählt wird.

Zentrales Thema ist auch die „Integration“ von Kindern und Jugendlichen, die „anders“ sind (z.B. Migrationshintergrund, Beeinträchtigungen, nonkonforme Lebensweisen etc.) in Gesellschaft, Arbeitswelt oder Gemeinwesen. Wie bei dem Thema Prävention stellt sich auch hier die Frage der Grenzen der Jugendwohlfahrt – z.B. zum Schulsystem, zur Jugendarbeit etc. Und letztendlich wird die Frage der „Partizipation“ ein Thema für die Zukunft bleiben. Die Umsetzung der Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen wurde von vielen ExpertInnen als unzureichend eingeschätzt.

Ausblick:

Insgesamt deuten die bisherigen Ergebnisse darauf hin, dass Veränderungen anstehen und dass es zum Teil um grundsätzliche, struk-

turelle Fragen geht. Interessant und spannend wird auf jeden Fall, welche Lösungen in den nächsten Jahren angedacht, entwickelt und umgesetzt werden. Ein Austausch über Institutionen und Träger hinweg kann sich dabei nur positiv auswirken, anregend sein und Synergieeffekte schaffen. Der Diskurs erscheint umso wichtiger, wenn man die unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern betrachtet, aber auch die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die aus gemeinsam konstatierten Entwicklungen gezogen werden.

¹ Detailliertere Informationen zum Projekt, zur Zusammensetzung der Steuerungsgruppe sowie Dokumente zum download sind unter <http://www.ju-quest.at> zu finden.



Dr. Hermann Putzhuber
Studium der Pädagogik und Politikwissenschaften in Innsbruck, seit 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Sozialpädagogischen Institut des Fachbereiches Pädagogik von SOS-Kinderdorf Österreich.
Als Projektleiter von „JU-Quest“ für die operative Umsetzung des Projektes zuständig.

Ein Ausflug in die Globalisierung von Sozialarbeit

Internationale Sozialarbeit im Bereich der Jugendwohlfahrt

DSA Georg Dimitz

„Mir reichen die Problemstellungen, die mir bei unseren Kindern und Familien in Österreich unterkommen – warum soll ich mich da um internationale Probleme kümmern?“ So die gängige These, mit der mich SozialarbeiterInnen konfrontieren, wenn ich über internationale Arbeit im Bereich der Jugendwohlfahrt spreche. „Weil du nicht nur deinen SozialarbeiterInnen – Arbeitsplatz in Österreich sondern auch die Qualität der Jugendwohlfahrt in Österreich gefährdest, wenn du nicht über den Tellerrand blickst“. So die Kurzzusammenfassung meiner Antwort. Was sind sozialpolitische und methodische Überlegungen, die zu dieser Feststellung führten und was kann man/frau als SozialarbeiterIn praktisch in der internationalen Arbeit tun? Wenn Sie diese Fragestellung interessiert, dann sollten Sie in diesem Artikel weiter lesen und mich auf einen Ausflug in die „Globalisierung“ von Sozialarbeit begleiten...

(Sozial-) Politische Überlegungen
Bereits 1989 wurden durch John Williamson, Chefökonom und Vizepräsident der Weltbank Bedingungen formuliert, die allen Kreditnehmern (Nationalstaaten) der Weltbank in einem Art „Letter of agreement“ als Bedingung für die Kreditvergabe diktiert wurden (s. g. Konsens von Washington). Einer dieser Bedingungen ist die Zerschlagung des öffentlichen Sektors sowie die Begrenzung des Haushaltsdefizits. Diese Bedingungen verordneten den langsamen Tod

des/der Sozialstaates/n bzw. verhindern den nötigen Auf- oder Ausbau des/derselben in armen (arm bezogen auf das BNP) Ländern. Pierre Bourdieu (Ethnologe und Sozialwissenschaftler) meinte dazu in einem Interview (Der Spiegel Nr.: 29/2001): „Der Neoliberalismus ist wie Aids: Er zerstört das Immunsystem seiner Opfer.“ Als Notwendigkeit für dieses Diktat von Bedingungen werden immer ökonomische Gesetzmäßigkeiten der Globalisierung angeführt. Tatsächlich handelt es sich bei diesen „Gesetzmäßigkeiten“ um eine bewusste und vorsätzliche Politik. Die Profiteure, die Verlierer, die Söldner und ihre Widersacher dieser Politik werden präzise mit Praxisbeispielen in dem Buch von Jean Ziegler (Jean Ziegler ist UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und Professor der Universität Genf und der Pariser Sorbonne) „Die neuen Herrscher der Welt“ (Verlag Bertelsmann 2003) identifiziert und analysiert. In diesem Buch wird zu Recht vom dzt. stattfindenden **Weltkrieg gegen die Armen** (vgl. S 73) und von der **planetarischen Tyrannei des Finanzkapitals** (vgl. S 222) gesprochen. Bestimmte Ausformungen der **Globalisierung** werden von Jean Ziegler als **tödlicher Terror** bezeichnet (Rede auf der Abschlusskundgebung der Friedensbewegung in Berlin am 21. Mai 2002.). SozialarbeiterInnen finden sich – in der Regel – klarer Weise auf Seiten der Widersacher (der neoliberalen Politik) – insbesondere wenn sie durch Beratung und Standardsetzung versuchen,

den staatlichen Dienstleistungssektor (und die Jugendwohlfahrt ist ein Teil desselben) zu stärken und auszubauen. Sozialarbeit kann jedoch mittel- und langfristig nur dann funktionieren, wenn es sie überall (d. h. in jedem Nationalstaat bzw. Bundesland) mit ähnlichen Standards, jedoch unter Berücksichtigung nationaler, lokaler und kultureller Besonderheiten gibt. Dafür ist Aufbauarbeit in internationaler Sozialarbeit unumgänglich.

Methodische Überlegungen

Im – inzwischen zum Klassiker gewordenen – Buch „Social Work Practice: Model and Method“ von Allen Pincus und Anne Minahan (erschienen 1973) wird beschrieben, dass es in jedem Einzelfall, mit dem SozialarbeiterInnen konfrontiert sind, nötig ist, Strategien auch in mittleren und oberen (übergeordneten) Bereichen zu entwickeln. Es wird von Strategien im Meso- und Makrokosmos gesprochen, die es neben dem Mikrokosmos (der Ebene des Einzelfalls) zu bearbeiten gilt. Ebenso wird klar gestellt, dass es nicht nur legitim sondern unumgänglich sein kann, bei bestimmten Fällen das eigene Handlungsfeld bzw. die eigene Institution zum „Klienten“ zu machen. Diese methodischen – auf dem systemtheoretischen Ansatz basierenden – Überlegungen führen also zu den gleichen Ergebnissen, wie die vorher beschriebenen politischen Überlegungen: Wenn Sozialarbeit am Einzelfall „hängen“ bleibt, erreicht sie keine Nachhaltigkeit.

Wenn man/frau sich als SozialarbeiterIn mit Flüchtlingsfamilien, bettelnden Kindern und MigrantenInnenfamilien im Rahmen des Handlungsfeldes Jugendwohlfahrt beschäftigt, liegt es nahe: Auch die Hilfssysteme in den Herkunftsländern müssen zu KlientInnen, d. h. zum Gegenstand sozialarbeiterischen Handelns, werden.

An Hand von drei praktischen Projekten (an denen ich persönlich beteiligt war) will ich im Überblick aufzeigen, wie sich dieses Handeln in der Praxis entwickeln kann und wie internationale Sozialarbeit dann konkret aussieht.

Internationale Arbeit in der Praxis 1) Social Reconstruction in the Balkan Area

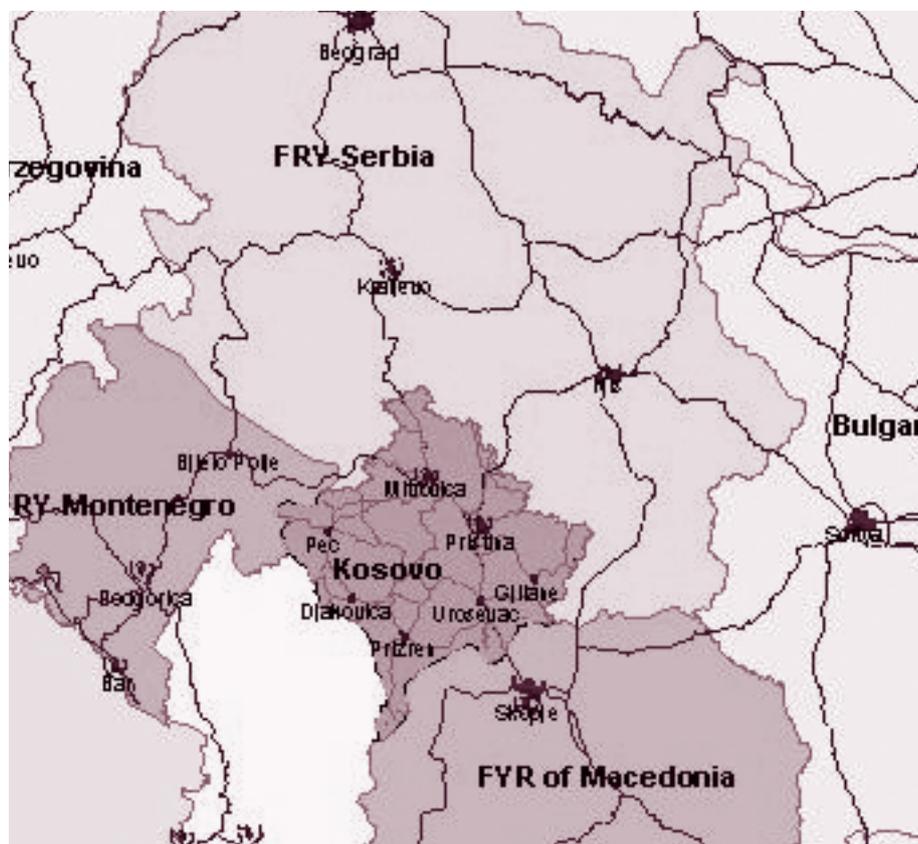
In der Diskussion über Ursachen und Folgen der Kriege im Balkangebiet, nach dem Zerfall der Volksrepublik Jugoslawien im IFSW dem internationalen Berufsverband der SozialarbeiterInnen, stellte eine Gruppe von Ländern die folgende Forderung auf: Wiederaufbau in früheren Kriegsgebieten darf sich nicht nur auf Gebäudewiederaufbau beschränken. Langfristige Friedenssicherung erfordert vor allem den sozialen Wiederaufbau. Hierfür reicht es nicht, wenn internationale NGO's einige vorgefertigte Programme abspulen und dann wieder verschwinden, sondern es sind mit den SozialarbeiterInnen und SozialpolitikerInnen vor Ort Gespräche zu führen, zu recherchieren, welche Hilfe zum sozialen Wiederaufbau aus ihrer Sicht erforderlich ist und dies zu dokumentieren und die Umsetzung zu promoten. Diese Ideen wurden umgesetzt: Die Finanzierung des Projekts wurde durch Geldquellen aus insgesamt fünf europäischen Staaten sichergestellt. In Reisen nach Albanien, dem Kosovo, nach Montenegro und FYRO Mazedonien wurde mit den

SozialarbeiterInnen unter Beziehung von muttersprachlichen ExpertInnen Kontakt aufgenommen und ihre Sicht der Erfordernisse für einen sozialen Wiederaufbau dokumentiert und die Entscheidungsträger mit den festgestellten Notwendigkeiten konfrontiert. Die Projektdokumentation ist auf der Homepage des OBDS (<http://www.sozialarbeit.at/sore.htm>) abrufbar.

2) Child Welfare Reform in Bulgaria

Der s. g. Acquis Communautaire („Besitzstand der Europäischen Union“) fasst alle Defizite zusammen, die ein Staat, der die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beantragt hat, beseitigen muss, um „fit“ für den Beitritt zu sein. Twinning Projekte machen einen dieser beschriebenen Defizite zum Gegenstand eines Veränderungsprozesses: Ein EU Mitgliedsstaat hilft einer/m EU BeitrittswerberIn, ein bestimmtes strukturel-

les Defizit im Staatswesen durch einen präzise strukturierten Veränderungsprozess aufzuheben. Die Republik Bulgarien reichte bei der Europäischen Union ein solches Projekt zur Reform ihres Jugendwohlfahrtssystems ein. Es wurde international ausgeschrieben und Österreich erhielt den Zuschlag (als Projektorganisator). Zwei Experten (einer davon war DSA Herbert Paulischin, der dzt. Vorsitzende des OBDS) übernahmen die Projektleitung vor Ort. Die Projektdauer war mit zwei Jahren vorgegeben. In neun (von Bulgarien ausgesuchten) Mustergemeinden wurden Kinderschutzdepartments (im weitesten Sinn vergleichbar mit unseren Ämtern für Jugend und Familie) eingerichtet. Weiters wurde die Arbeit einer standardgebenden zentralen Kinderschutzagentur durchleuchtet und gestärkt. Meine konkrete Aufgabe war es, einerseits die neuen Kinderschutzdepartments periodisch zu besuchen und die



LeiterInnen der neuen Regionalstellen zu coachen bzw. die MitarbeiterInnen zu supervidieren, andererseits an der Erstellung eines Qualitätshandbuches für diese Regionalstellen mitzuarbeiten. Die Beratung bezog sich nicht nur auf sozialarbeiterische/methodische Belange, sondern auch auf Organisation von Verwaltungsabläufen im öffentlichen Dienst. Eine weitere Aufgabe war der Unterricht von MultiplikatorInnen im Rahmen eines Ausbildungs- und Fortbildungszentrums. Insgesamt 40 ExpertInnen (größtenteils SozialarbeiterInnen aus England, Deutschland, Griechenland und Österreich) waren an dem Projekt, das in den Jahren 2002 und 2003 lief, beteiligt.

Eine Zusammenfassung meiner Erfahrungen in diesem Projekt: Alles, was in das Wissen der SozialarbeiterInnen an der Basis investiert wurde, war sehr sinnvoll. Die Weiterentwicklung konnte im Rahmen der zweijährigen Projektdauer gut mitverfolgt werden. Die mittleren und oberen Hierarchien in den Ministerien hingegen erwiesen sich häufig – vorsichtig ausgedrückt – als erstaunlich veränderungsresistent. Für die Projektvorbereitung in Österreich waren die involvierten PolitikerInnen sehr kooperativ, während sich die eigene Institution äußerst destruktiv verhielt.

3) „Improvement of Policy design for the Most Vulnerable groups of the Population in the Field of Social and Employment Policy with Particular Reference of Social Dialogue and Social Cohesion“ in Tomsk/Westsibirien/Russland (2004).

In diesem EU TACIS Projekt (Die Projektlinie TACIS der EU fördert die Demokratisierung, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und den Übergang zur Marktwirtschaft in den aus dem Zusammenbruch der So-

wjetunion hervorgegangenen Neuen Unabhängigen Staaten (NUS)) war es die Aufgabe, die strategischen Zielsetzungen für alle Sozialdienste der Region Tomsk in Westsibirien zu entwickeln. Meine Arbeit in einem multiprofessionellen ExpertInnenteam war hier auf 15 Arbeitstage beschränkt. Zum Unterschied von dem Twinnigprojekt in Bulgarien war dieses Projekt von der Hierarchiespitze des Sozialwesens in Tomsk initiiert. Entsprechend hoch war die Motivation und Veränderungsbereitschaft bei den SpitzenbeamtlInnen (im Gegensatz zu dem Projekt in Bulgarien). Mit intensiver Vorarbeit und E-maildialog zwischen den beiden Reisen nach Tomsk im April und Mai 2004 gelang es, einen Konsens für eine verschriftlichte Version für die strategischen Zielsetzungen mit den russischen PartnerInnen zu erarbeiten. Die spezielle Herausforderung lag darin, die Eigenheiten des russischen Sozialwesens möglichst rasch zu verstehen, um auf dieses Verständnis aufbauend kompetent beraten zu können. Wesentliche Voraussetzung für eine sinnvolle Beratung war die genaue Kompetenzabgrenzung zu den ExpertInnen aus anderen Professionen und die perfekte Übersetzung (Auswahl der Dolmetscherin). Nachhaltigkeit lässt sich bei einem solchen Projekt erst längere Zeit später feststellen, wenn die Auswirkungen der festgelegten Strategien auf die tatsächliche Praxis des Sozialwesens in Tomsk zu beobachten sind. Zwischenziel kann es daher nur sein, Akzeptanz für die eingebrachten Gedanken in fachlicher und emotionaler Hinsicht bei den lokalen PartnerInnen zu erreichen, was im gegenständlichen Projekt gut gelungen ist (detaillierte Projektberichte sind per Email g.dimitz@aon.at anzufordern).

Diese drei – sehr unterschiedlichen – Beispiele internationaler Sozialarbeit zeigen reale Möglichkeiten auf, wie SozialarbeiterInnen ihre Arbeit und ihr Wissen auf der internationalen Makroebene einbringen können. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass die Sozialarbeit ihr internationales Netzwerk im internationalen Berufsverband IFSW stärkt und ausbaut und sich auch SozialarbeiterInnen finden, die Arbeit und Engagement in dieses Handlungsfeld investieren, auch wenn der Bezug zur alltäglichen Einzelfallarbeit erst auf den zweiten Blick zu erkennen ist.

Als sozialpolitische Überlegung ist festzuhalten:

Nur naive Menschen konnten glauben, dass man/ frau sich in Österreich durch den EU Beitritt allein den Reichtum oder die Wohlstandsvermehrung importieren könnte. Selbstverständlich haben wir uns spezifische Armutsprobleme und neue Formen der Armut durch die starken internationalen Verflechtungen mitimportiert.

Internationale Sozialarbeit kann einen kleinen Beitrag leisten, dass sich die Anzahl der Widersacher gegen jene, die den Weltkrieg gegen die Armen entfesselten, vergrößert.



Georg Dimitz, Jahrgang 1953, ist Sozialarbeiter im Wiener Amt für Jugend und Familie in Wien seit 1974, Personalvertreter, Konzeptautor des Wiener Integrationshauses, OBDS Vorstandsmitglied und Mitglied des EU Komitees im IFSW Europa

Council of International Fellowship Austria

Verein zur Förderung des internationalen Austausches im sozialen Bereich

DSA Gabi Kronberger

INTERNATIONALE STUDIENPROGRAMME FÜR SOZIALARBEITERINNEN

Neue Homepage (www.cifaustria.at) und Ankündigung Programmdaten 2006

Das Council of International Fellowship (CIF) ist eine internationale Organisation, die in 29 Ländern durch unabhängige nationale Vereine und in über 50 Ländern zumindest durch eine Kontaktperson repräsentiert wird. In Österreich gibt es CIF seit den 70er Jahren. Alle nationalen Vereine sind im Dachverband zusammengeschlossen.

CIF organisiert internationale Studienprogramme für SozialarbeiterInnen, mit dem Ziel sowohl der Förderung eines größeren Verständnisses zwischen den Kulturen durch die Erfahrungen im Gastland, als auch des internationalen fach-

lichen Austausches.

Gegründet wurde die Organisation in den 50er Jahren von einem deutschen Rechtsanwalt, Henry Ollendorf, der vor den Nazis in die Vereinigten Staaten emigrieren musste und dort Sozialarbeit studierte. Sein Ziel war es, durch die Organisation von Austauschprogrammen für Jugend- und SozialarbeiterInnen (anfangs nur zwischen den USA und Deutschland, später auch international) den Respekt für religiöse, ethnische und sonstige Unterschiede, sowie das gegenseitige Verstehen und Zusammenleben zu fördern.

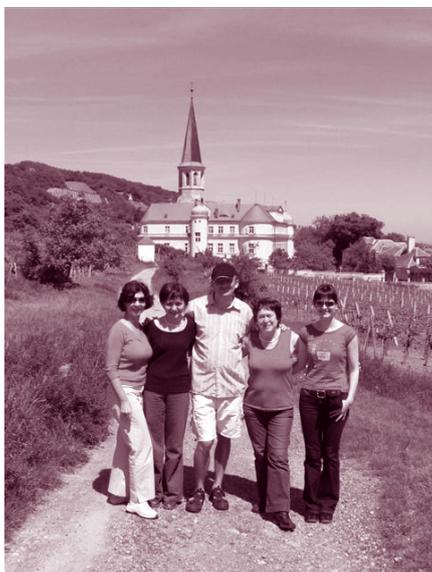
Nachstehend ein Ausschnitt aus dem Angebot an Studienprogrammen für 2006. Die Unterbringung erfolgt in Gastfamilien, das Programm ist individuell auf den Arbeitsbereich jedes/jeder SozialarbeiterIn abgestimmt (daneben gibt es ein allgemeines Programm

gemeinsam mit allen TeilnehmerInnen), Anreise ist von den TeilnehmerInnen selber zu finanzieren, in manchen Ländern ist eine Anmeldegebühr zu bezahlen. Die gemeinsame Programmsprache ist Englisch.

In folgenden Ländern finden im Frühjahr 2006 vier- bis sechswöchige Studienprogramme statt. (Anmeldeschluss 1.12.2005):

Finnland
Frankreich (Französischkenntnisse notwendig)
Griechenland
Israel (drei Wochen)
Italien (kombiniert mit Slowenien)
Niederlande
Norwegen
Österreich (kombiniert mit Ungarn)
Schottland
Schweden
Türkei

Die CIF Vereine in Tansania, Kenia,



Arge Bildungsmanagement Wien

STUDIERN MIT MASTERABSCHLUSS

Staatlich anerkannt!



① MASTER-MEDIATION (M.A.)

Mediation und Konfliktregelung

Abschluss nach Bundesmediationsgesetz und »Master of ARTS«, Dauer: 3/5 Semester

START WIEN: 21.-23. Oktober und 11.-13. November 2005

Infoseminar: 03. Oktober 2005 und 10. Oktober 2005 (19.00^h im ARGE-Haus)

START INNSBRUCK: 21.-23. Oktober 05 START GRAZ: 21.-23. Oktober 05

START KLAGENFURT: 28.-30. Oktober 05

START LINZ: 04.-06. November 05 > INFOSEMINAR LINZ: 06. Oktober 05 (17.00^h)

② MASTER-SUPERVISION (MSc)

Supervision, Coaching und Organisationsentwicklung

Abschluss nach ÖVS-Kriterien und »Master of Science (Supervision)«, Dauer: 5/6 Semester

START WIEN: 27. Oktober 2005 (Aufnahmegespräch nach telefonischer Vereinbarung)

START INNSBRUCK: 10.-13. November 05 START GRAZ: 03.-06. November 05

START KLAGENFURT: 08.-11. Dezember 05

START LINZ: 03.-06. November 05 > INFOSEMINAR LINZ: 06. Oktober 05 (19.00^h)

③ UPGRADINGS Master »M.A.«MSc»MAS« für ausgebildete MediatorInnen und SupervisorInnen

Master of ARTS - M.A. (Mediation)

START: Oktober 2005 - Dauer: 1,5 Semester

Master of Science - MSc (Supervision)

START: Frühjahr 2006 - Dauer: 1,5 Semester

Master of Advanced Studies - MAS (SV)

(letzte Chance für Nichtakademiker zum Erwerb des Masterstitels Supervision)

START: 01. Oktober 2005, Dauer: 1 Semester

④ MASTER-COUNSELING

Psychoziale Beratung/ Lebens- und Sozialberatung

Abschluss mit »Diplomierter/r Lebens- & SozialberaterIn« und »Master of Science-(Counseling)«, Dauer: 3/5/6 Semester > START Vollausbildung: 04.-06. Nov. 2005

START Vollausbildung: März/April 2006 } Infoseminar: 30. Jan. 06 & 27. Feb. 06

START Fachausbildung: März/April 2006

⑤ DIPLOMLEHRGANG

Psychotherapeutisches Propädeutikum

Erster Teil der Psychotherapieausbildung. Qualifizierung zum Einstieg in die fachspezifische Ausbildung (2. Teil).

START WIEN: Februar/März 2006, Infoseminar: auf Anfrage

FORDERN SIE DIE AUSFÜHRLICHEN CURRICULA AN!

Arge Bildungsmanagement Wien

Tel.: +43-1/263 23 12-0, Fax: -20 • www.bildungs-

management.at • office@bildungsmanagement.at



Lehrgänge in Wien • Innsbruck • Graz • Linz • Klagenfurt • Oberwart • Brixen/Südtirol



Argentinien, Kamerun, den Baltischen Staaten und der Schweiz planen ebenfalls Studienprogramme (2006 oder 2007).

In den Vereinigten Staaten (CIP USA) beträgt die Dauer der Programme 1 bis 18 Monate, Anmeldungen sind laufend möglich

Indien: 8 Wochen (Nov. 06 bis Jän. 07),

Anmeldeschluss ist der 1.3.06

Neuseeland: 6 Wochen (Herbst 06), Anmeldeschluss ist der 1.4.06

Neugierig geworden? - Für Anmeldungen, genaue Daten, Erfahrungsberichte von ehemaligen TeilnehmerInnen und nähere Informationen:

www.cifaustria.at oder direkt bei CIF Austria (c/o Judith Lamatsch, Bennogasse 8/17, 1080 Wien), Tel: 01/ 408 3998, Email: cifaustria@yahoo.com

Kontrastlernen – Soziale Kompetenz für Führungskräfte

DSA Michael Bockhorni

Wie Führungskräfte soziale Kompetenz bzw. einen sozialen Führungsstil von sozialen Einrichtungen lernen können.

„Mein erster Tag begann gleich mit einer Situation, bei der mir nicht ganz wohl war: Einer der Sozialarbeiter fragte mich, ob ich nicht gleich in den „Druckraum“ kommen wolle. Dort waren gerade drei Konsumenten, die ihren Tag mit einem sauberen Schuss beginnen wollten.... Danach kam ich im Cafe-Bereich mit einigen Gästen ins Gespräch. Wir redeten über ihre Lebenswege und ihre Wege in die Droge. Auch in den Beratungsgesprächen der Klienten mit den Sozialarbeitern habe ich sehr viel unterschiedliche Fälle und Schicksale kennen gelernt. Ein erster Tag, der mich emotionell sehr berührt hat.“ (Michael Finnern von den Airbuswerken in Hamburg).

Hier wird eine neue Form des Lernens (Secondments¹) angesprochen, die im deutschsprachigen Raum unter den Bezeichnungen „Seitenwechsel“, „Switch“ und „Brückenschlag“ bekannt ist. Dabei sind MitarbeiterInnen, zumeist Führungskräfte, für eine Woche auf Kosten des Unternehmens in einer gemeinnützigen Organisation tätig. Sie beobachten professionelle HelferInnen und lernen Strukturen, Werte und Kultur Sozialer Arbeit kennen. Sie erfahren die Realität von Menschen, die durch Armut, Krankheit, Behinderung und gesellschaftliche Faktoren zu Randgruppen werden. Sie erleben sich selbst

im Umgang mit menschlichen Grenzsituationen und erfahren die eigenen sozialen Fähigkeiten und Grenzen in einem fremden Umfeld.

Dieser Prozess ist geprägt durch ein „Kontrastlernen“: Raus aus dem Alltag, den man beherrschen gelernt hat, und rein in eine ganz andere Welt. Ein Verkaufsleiter berichtet z.B. von seiner Entmutigung, wenn er Dutzende von Telefonaten macht, um für einen Straftentlassenen eine Wohnung zu finden. Er, der doch alle Gesprächstechniken kennt, der erfolgreich Abschlüsse am Telefon tätigt, der seine Gesprächspartner nie leichtfertig überfährt, muss zu allen erdenklichen Tricks und zu Herz zerreißenden Gesprächselementen greifen, um endlich ein kleines Erfolgserlebnis zu haben. Es kommt zu einem Abbau von Klischees und Vorurteilen, sie werden ersetzt durch konkrete Erfahrung.

„Der Kontakt mit den Klienten (Drogenabhängigen) hat bei mir Spuren hinterlassen. Ich habe in der Zeit erfahren, wie vielfältig die Schicksale dieser Menschen und ihre Entwicklungen sind, mit denen ich bis zu diesem Zeitpunkt in meinem Leben keine direkten Berührungspunkte hatte. Das Bild, das die Medien uns vermitteln, spiegelt nicht die Realität wider, sondern zeigt nur Ausschnitte und ganz spezielle Fälle.“ (Michael Finnern)

Imagewerbung für soziale Institutionen

Die Veränderung des Bildes von Sozialer Arbeit in der Wirtschaft ist

einer der stärksten Effekte. Thomas Albrecht, Leiter eines Wohnhauses für Behinderte in der Schweiz, meint, es ist die „beste Imagewerbung für soziale Institutionen.“ Kommentar von TeilnehmerInnen aus der Wirtschaft: „Ich habe mein Bild von der Sozialarbeit gründlich ändern müssen. Was die leisten, ist eindrücklich.“ „Ich wusste nicht, dass mit einer so flachen Hierarchie ein so effizientes Management erreicht werden kann!“ „Ich habe immer geglaubt, in den sozialen Institutionen sei noch vieles handgestrickt.“ Für manche war es neu, die Arbeit eines reinen Frauenteam ohne Chefin mitzuerleben – und vor allem zu erfahren, dass dies bereits seit bald 20 Jahren gut funktioniert und sich die Organisation Frauenhaus (Luzern) durch gute Arbeitsbedingungen und eine hohe Arbeitszufriedenheit auszeichnet. Aber es gibt auch handfestere und längerfristige Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Sozialbereich:

- Vergabe von Verpackungsarbeiten an ein Arbeitszentrum einer psychiatrischen Klinik
- Angebot an Praktikumsstellen für Berufsorientierung bzw. –wiedereinstieg
- TeilnehmerInnen aus der Wirtschaft helfen bei Bazars, Festen und Flohmärkten
- Finanzierung von Aktionen, Betriebsausflügen bzw. Einrichtungen
- Beratungsleistungen im Bereich Informatik, Marketing und Finanzen



Manager verlieren Bodenhaftung:

Aber warum machen das Unternehmen? Neben einem besseren Image geht es um Qualitäten der MitarbeiterInnen wie z.B. soziale Kompetenz. Die Siemens AG Deutschland hat ganz konkrete Vorstellungen, welches Fähigkeitspektrum besonders wichtig ist. Im Zentrum stehen Kreativität, Innovationsvermögen, Flexibilität, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Einfühlungsvermögen sowie Selbst- und Fremdeinschätzung.

„Aus Sicht des Unternehmers liegen mir solche, an der Basis erworbenen Erfahrungen (SeitenWechsel) ganz besonders am Herzen. Gerade in jüngster Zeit haben wir erlebt, dass gewisse Manager die Bodenhaftung vollständig verloren haben. Der Konjunkturrückgang und die harte Korrektur an den Börsen haben teilweise bedenkliche Entwicklungen ans Licht gebracht. Bilanzen wurden manipuliert, Scheingewinne ausgewiesen, und Manager, die nie schwarze Zahlen schrieben, lassen sich für ihre Misserfolge sogar noch fürstlich bezahlen. Solche Verhaltensweisen zeigen, dass auf dem Gebiet der Sozialkompetenz im Management noch große Lücken und Nachholbedarf bestehen. Führungskräfte müssen ihre Verantwortung gegenüber allen Gruppen der Gesellschaft wieder stärker wahrnehmen. Wir brauchen eine Unternehmenskultur, welche Transparenz, Ehrlichkeit und Augenmaß fördert. Was liegt näher, als sich dieses Augenmaß mit einem Augenschein in der Welt sozial oder gesundheitlich benachteiligter Menschen zu verschaffen.“ (Marcel Ospel, Präsident des Verwaltungsrates UBS AG, Basel)

„Durch SeitenWechsel entwickeln sich andere Wertvorstellungen, und man bekommt Bodenhaftung. Eben-

so wertvoll ist die Erfahrung, dass man mit individuellen Schwächen von Menschen offener umgehen muss.“ Klaus-Dieter Achtelik, Personaldirektor Phoenix AG in der Krankenstube für Obdachlose.

Es hat sich herausgestellt, dass die dafür notwendigen Eigenschaften und Fähigkeiten nur begrenzt mit den bisherigen Personalentwicklungsmodellen erreichbar sind. Soziale Kompetenz kann am ehesten erweitert werden durch das Lernen der Fähigkeit im Umgang mit unüblichen Situationen und „außergewöhnlichen“ Menschen. Führungskräfte von Siemens Deutschland berichten, dass die erwarteten sozialen Qualifikationen intensiver erlernt worden sind als dies bei gängigen Schulungen der Fall ist. Als Grund dafür wird ganz wesentlich die Grenzüberschreitung in eine andere Welt genannt.

Vielfältige Wirkungen:

Dabei wird das Einfühlungsvermögen gestärkt, es wird gelernt, Probleme und Gefühle anderer zu erkennen und zu berücksichtigen und eine realistische Einschätzung der Wirkung der eigenen Person auf andere zu entwickeln. Weiters Konfliktursachen zu erkennen, soziale Situationen differenziert wahrzunehmen und am Beispiel der Sozialen Arbeit zu lernen, unterschiedliche Interessen zielgerichtet zu „kanalisieren“, ohne das eigene Konzept aufzugeben.

„Ich habe gelernt, dass Mitleid haben und zugleich konsequent zu sein, sich nicht ausschließen müssen“ (Christiane Buck, Leiterin der Personalentwicklung Hamburgische Landesbank).

„Sozialarbeiter müssen in der Lage sein, sehr individuell auf Klienten einzugehen, denn mit abstrakten

Vorschriften oder Verboten sind keine Erfolge zu erzielen. Andererseits müssen sie versuchen, mit den Klienten klare Vereinbarungen zu treffen“. (Michael Finnern)

Die Wirkungen sind vielfältig, nicht nur auf die Führungskräfte und deren Unternehmen, sondern auch auf die sozialen Einrichtungen und das Verhältnis der Wirtschaft zu ihnen und den sozialen Bereichen der Gesellschaft und dadurch langfristig auch auf die sozialpolitische Diskussion.

Dr. Fritz Ramseier, Direktor der Psychiatrischen Klinik Königsfelden in der Schweiz: „So verlassen sie unsere Klinik eigentlich als >Botschafter für die Psychiatrie< – die bisherigen SeitenWechsler haben diesem Namen auch in verschiedenen Beiträgen in kleineren und größeren Tageszeitungen bereits alle Ehre gemacht – und stehen als Bürger, aber auch als Arbeitgeber den Anliegen der Psychiatrie und ihrer Patienten ganz anders gegenüber als vorher.“

Die Evaluation bei SeitenWechsel ergab für die sozialen Einrichtungen folgendes Bild: 63 % schätzen den Nutzen als hoch ein, 68 % schätzen den Nutzen für Klientel als hoch ein. Dabei steht die Imageverbesserung an erster Stelle (45%) gefolgt vom Know-How Transfer (30%). Dieser erfolgt durch Gegenbesuche bei Verkaufs- und Marketingabteilungen, in der Personalabteilung sowie bei Veranstaltungen im Rahmen der Managemententwicklung². Dadurch kommt es zu einem Wissenszuwachs im Bereich Management, Organisation, Betriebswirtschaft, Marketing etc. Auch Fragen des Arbeitsstils und der Arbeitsorganisation, z.B. Wie werden Entscheidungen vorbereitet und getroffen? Was versteht die

Privatwirtschaft unter Effizienz und wie wird diese erreicht? Was können wir besser machen und was machen wir schon besser... werden gemeinsam erörtert.

Dabei wird auch die unterschiedliche Unternehmenskultur im Bereich Privatwirtschaft und soziale Einrichtungen deutlich. Die Wirtschaft punktet in den Bereichen: Zielorientierung, schnelle Entscheidungen (bei uns verzögern oft politische Instanzen den Prozess), Persönlichkeiten, die eigene Meinungen vertreten und Freiräume schaffen, Druck im Strukturwandel und eine sehr sachbezogene Leistungsbeurteilung. Negativ schneidet sie in folgenden Punkten ab: Anonymität von bestimmten Personen, unterschiedliche Sprachen (schnelle, standardisierte Sprache vs. menschliche Mitteilungsform, unzureichende Bewältigung von schwierigen Situationen, mangelnde soziale Verantwortung (was bei der Wirtschaft beginnt, kann bei uns enden!!!!), Hilflosigkeit im Umgang mit Suchtthemen (Anfälligkeiten erkennen), Unsicherheit, Identität in den Unternehmen wird immer künstlicher.

In der Reflexion verändern die TeilnehmerInnen aus der Wirtschaft selbst ihre Kriterien für Effizienz. Sie realisieren, dass ein gutes Gespräch, ein sorgfältiger Umgang miteinander und sich Zeit nehmen gute Investitionen sind und nicht einfach als Ineffizienz abgewertet werden dürfen. Knapp 30% setzen sich zum Ziel, das reine Rentabilitätsdenken mit sozialer Verantwortung zu ergänzen.

„Ich will in Zukunft im Geschäft meine Mitarbeiter nicht nur als Fachkräfte, sondern auch als Menschen wahrnehmen; dann stimmt auch ihre Leistung, weil ich

sie in ihrer ganzen Persönlichkeit mit ihren Ressourcen und Schwächen respektiere“ (Ettlin 2003 S.43).

„Das tägliche Balancieren zwischen Nähe und Distanz war eine wichtige Übung für mich. Außerdem habe ich viele Anregungen in Bezug auf Teamarbeit aus meinem Praktikum mitgenommen. Allein so etwas scheinbar Banales wie die Information über die persönliche Befindlichkeit der einzelnen Mitarbeiter wird bei uns nicht in die Mitarbeiterbesprechungen integriert. Dies möchte ich in Zukunft anders machen.“ Carsten Spindler, Leiter der Informationsverarbeitung Hamburgische Elektrizitätswerke bei Gemeinwesenarbeit St. Pauli.

„Man braucht schon eine Weile, um das alles zu verdauen“

Damit so ein Blick in eine andere Welt nicht zum „Sensationstourismus“ wird, ist eine gute Begleitung und Unterstützung vor, während und nach dem Wechsel notwendig. Dies wird nach den bisherigen Erfahrungen sowohl von Führungskräften als auch von den sozialen Einrichtungen gewünscht. Grundlage für einen nachhaltigen Transfererfolg sind Sensibilität, Reflexionsfähigkeit sowie die Bereitschaft, sich mit den eigenen Grenzen auseinanderzusetzen. Wenn Trainingserkenntnis in den Alltag übertragen werden soll, so bedeutet dies die Bereitschaft und Fähigkeit zu fördern, betriebliche Wirklichkeit umzudeuten, bisherige Interpretationen aufzugeben und neue Wirklichkeit einzuüben. Es ist der Äquilibrierungsprozesses zwischen Assimilation (aktuelle Erfahrungen werden in vorhandene kognitive Schemata eingefügt) und Akkomodation (andere ev. neue Schemata müssen entwickelt werden) besonders wichtig.

Durch Reflexion mittels Coaching bzw. Supervision kann dieser Prozess unterstützt werden. Durch die Schärfung der (Selbst)Wahrnehmung kann die Gefahr von Abwehrhaltungen, welche den Lernprozess behindern, reduziert werden.

Mutz und Korfmacher kommen in ihrer Studie zum deutschen „Switch“ Programm zu der Empfehlung einer begleitenden, professionellen und unparteiischen Moderation während des gesamten Ablaufs. Die Gesprächspartner ähnlicher Programme in New York, Chicago, London und Amsterdam haben darauf hingewiesen, dass jegliche Abhängigkeitsbeziehungen in diesem Geflecht von Personen und Interessen vermieden werden sollte.

¹ kommen ursprünglich aus dem angelsächsischen Raum und dauern zwischen 6 bis 24 Monaten

² Bei Seitenwechsel und Switch gibt es zusätzlich auch eine finanzielle Abgeltung für die sozialen Einrichtungen.

Michael Bockhorni, DSA ist Umweltberater, Sozialarbeiter, Supervisor und Lehrbeauftragter an der FH St. Pölten. Er hat nanu! netzwerkagentur für nachhaltige u n t e r n e h m e n s k u l t u r (www.nanu.biz) gegründet und bietet mit „give & get“ eine Weiterentwicklung der obengenannten Programme an. Er ist Gründungsmitglied der Ökosiedlung Dunkelsteiner Wald (<http://iwga-sig.boku.ac.at/project/dunkel/home.htm>) wo er seit über 7 Jahren lebt.

Die internationale Dimension von Sozialarbeit:

Entwicklung der Ausbildung und EU-Förderprogramme

DSA Dr. Brigitta Zierer

Soziale Arbeit beschränkt sich keineswegs bloß noch auf regionale und nationale Fragestellungen und ist in unterschiedlicher Form von internationalen und globalen Entwicklungen betroffen. Der folgende Artikel beschreibt aktuelle Aspekte und Trends auf EU-Ebene.

Veränderte SozialarbeiterInnen-Ausbildung (Bologna-Kriterien)

Eine neue Unübersichtlichkeit prägt derzeit (nicht nur) den österreichischen Bildungssektor. Auch in der Sozialarbeit haben sich Universitätslehrgänge und Master-Studiengänge mit unterschiedlichen Inhalten, Kosten, aber vor allem Abschluss-Qualitäten etabliert. Ein neuer „Markt“ wurde eröffnet.

Die Erklärung der EU-BildungsministerInnen 1999 in Bologna sollte konkrete Voraussetzungen in Bezug auf die Vergleichbarkeit und Anrechenbarkeit von Studienleistungen auf unterschiedlichen Niveaus schaffen und bis 2010 einen gemeinsamen Europäischen Hochschulraum mit folgenden Zielsetzungen realisieren:

- 1) die Einführung *vergleichbarer Hochschulabschlüsse* sowie ein *„Diploma Supplement“* (Zusatzdokument, das dem Hochschulabschlusszeugnis beigefügt wird, die internationale Transparenz verbessern sowie die akademische und berufliche Anerkennung von Qualifikationen erleichtern soll),
- 2) die Einführung eines Systems zur Anrechnung/Übertragung von Studienleistungen (ECTS = *European Credit Transfer System*)

- 3) die Einführung eines durchlässigen, kompatiblen Systems von 3 *Studienphasen: Bachelor* (3-jährig, 180 ECTS), *Master* (2-jährig, 120 ECTS) und anschließende Möglichkeit zur *Promotion*,
- 4) die Förderung der Mobilität von Studierenden, Lehrenden und ForscherInnen,
- 5) die Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung und
- 6) die Förderung der europäischen Zusammenarbeit und Integration der europäischen Dimension in der Hochschulausbildung.¹

Prognose für die aktuelle Entwicklung der Ausbildung in Österreich

Konkret werden die dzt. 4-jährigen Diplomstudiengänge (240 ECTS) in wenigen Jahren vom Bildungssektor „verschwinden“ und einer 3-jährigen Bachelor-Ausbildung (180 ECTS) Platz machen. Ein geringerer Teil der AbsolventInnen – unmittelbar oder nach einigen Jahren Praxis – werden einen Master-Lehrgang (120 ECTS) absolvieren und vielleicht sogar ein Doktorats-Studium anschließen. D.h. der Bachelor-Abschluss qualifiziert für die Profession Sozialarbeit; ein selbst zu finanzierender Master-Studiengang wird sich konkreten inhaltlichen Schwerpunkten mit wissenschaftlicherer Ausrichtung widmen. Ein mögliches darauffolgendes Doktoratsstudium (PhD.) wird auf „verwandten“ Fakultäten zu absolvieren sein, da die Etablierung eines eigenen Lehrstuhls für Sozialarbeit in Österreich noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Eine Habilitie-

rung auf Universitäts-Ebene ist in anderen Ländern bereits jetzt schon möglich (Bsp. Frankreich, Slowakei). Im anglo-amerikanischen und skandinavischen Raum sowie in vielen mittel- und osteuropäischen Nachbarstaaten wurde das 3-phasige Studiensystem (Bachelor-Master-Doktorat) schon vor Jahren etabliert. Damit wurde vor Augen geführt, dass sich die Sozialarbeit von der Profession zur Disziplin entwickeln konnte und eine Koexistenz im Sinne neuer Erkenntnisse und Wissensbestände möglich war und ist.

Es bleibt abzuwarten, wie hoch künftig der Anteil jener Studierenden sein wird, die mit einem Bachelor-Abschluss nach einigen Jahren Berufstätigkeit einen Master-Abschluss anstreben und wie sich die gegenseitige Anerkennung akademischer Abschlüsse langfristig auf den offenen Arbeitsmarkt in der Europäischen Union auswirken wird. Es ist anzunehmen, dass vor allem in Grenzregionen die Mobilität auch unter SozialarbeiterInnen zunehmen wird und sich mehr grenzüberschreitende Kooperationen und Netzwerke etablieren werden.

„Comparative Social Work“ oder: das Eigene im Fremden besser erkennen Sozialarbeit als Profession, die mit permanentem sozialen Wandel konfrontiert ist, ist keineswegs nur eine lokale, regionale oder nationale kulturgebundene Profession. Die Analyse globaler, internationaler und transnationaler (sozial)politischer, ökonomischer, ideo-

logischer, technologischer und gesellschaftlicher Trends und Entwicklungen hat Auswirkungen auf die tägliche Praxis von SozialarbeiterInnen.

Sozialarbeit in unterschiedlichen Staaten und Regionen wird bestimmt durch die jeweiligen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie den Policy Mix zwischen Privat und Staat (das Verhältnis zwischen Staat, Wirtschaft, sozialen Organisationen, privaten Haushalten, Kirchen etc.), die Art und Reichweite sozialer Hilfen sowie die Bedingungen zur Hilfe-Gewährung.

Sozial(politisch)e Lösungsansätze für spezifische soziale Bedarfslagen sind aber nur bedingt auf andere Regionen oder Staaten übertragbar, weil sich Schlüsselfragen in unterschiedlichen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten unterschiedlich stellen und verschieden zu beantworten sind – entsprechend ihrer historischen, politischen, kulturellen, ökonomischen Bedingungen, Werte und Traditionen.



Überregionale strukturelle Probleme (z.B. das Thema Arbeitslosigkeit oder Frauenhandel) erfordern die Auseinandersetzung mit fremden Systemen und vergleichendes Arbeiten. Durch spezifische Kategorien-Systeme zur Beobachtung, Beschreibung und Schlussfolgerung können Ähnlichkeiten und Unterschiede festgemacht werden. Der Knowhow-Transfer und fachliche Diskurs zwischen ProfessionistInnen aus unterschied-

lichen Staaten können neue Lösungsvarianten für ganz konkrete Fragestellungen entstehen lassen, ohne ein fremdes System zu kopieren oder Lösungen 1:1 von einem Land in ein anderes zu transferieren oder „Entwicklungshilfe“ betreiben zu wollen.

Komplexe Handlungszusammenhänge und –vollzüge erfordern neben der klaren Selbstpositionierung und –evaluierung einer Berufsgruppe die gemeinsame Weiterentwicklung beruflicher Standards auch auf internationaler Ebene.

Comparative Social Work ist keineswegs ein Luxus, den sich einige Wenige im „elfenbeinen Turm“ der Hochschulen leisten (sollen). SozialarbeiterInnen werden künftig noch mehr gefordert sein, neben gender-spezifischen Aspekten ein neues berufliches Selbstverständnis im Sinne einer Erweiterung der interkulturellen Handlungskompetenz zu entwickeln.

Die Zielsetzungen der Europäischen Union

Seit dem EU-Beitritt Österreichs haben sich zahlreiche Möglichkeiten transnationaler und internationaler Kooperationen und Projekte auch im Bereich der Sozialarbeit eröffnet.

Der Maastricht-Vertrag war strukturprägend hinsichtlich der Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital im EU-Raum. Damit wurden auch Wettbewerbsbestimmungen für den sozialen Dienstleistungssektor eingefordert.

Die Solidargemeinschaft der EU hat es sich zum Ziel gesetzt, zum Weiterbestand der Europäischen Union sozioökonomische Disparitäten zwischen wohlhabenden und weniger entwickelten Mitgliedsstaaten und Regionen zu verringern. Dazu wurden drei konkrete

Ziele formuliert:

Ziel 1: die Förderung der Entwicklung und strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand (Österreich: das Burgenland ist z.B. Ziel 1-Gebiet)

Ziel 2: die Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen

Ziel 3: die Unterstützung der Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und –systeme

Zur Realisierung dieser Ziele existieren in der aktuellen Förderperiode 2000–2006² folgende vier **Strukturfonds** als Finanzierungsinstrumente:

- 1) *EFRE* (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung): Strukturhilfe für regionale Entwicklungsprogramme stark benachteiligter Regionen zur Verringerung von Ungleichgewichten zwischen Regionen und der EU,
- 2) *EAGFL* (Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft): zur Rationalisierung, Modernisierung und Strukturverbesserung der Landwirtschaft,
- 3) *ESF* (Europäischer Sozialfonds): zur Förderung von Maßnahmen zur Berufsausbildung, Umschulung und Schaffung von Arbeitsplätzen (insbesondere für arbeitslose Jugendliche, Langzeitarbeitslose, soziale benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Frauen) und
- 4) *FIAP* (für Fischerei): in Küstengebieten, zur Besserung der Wettbewerbsfähigkeit der Fischerei

Die Europäische Union greift mit diesen Strukturfonds ganz unmittelbar in nationale Strukturen ein. Ziel1-Gebiete werden aus



Mitteln des EFRE, ESF, EAGFL und FIAF gespeist. Ziel 2-Regionen werden durch EFRE- und ESF-Mittel finanziert, Ziel 3-Gebiete können Mittel aus dem ESF beanspruchen.

Förderprogramme und -instrumente der Europäischen Union (Förderperiode 2000–2006) ³

Internationale Projekte und Kooperationen, die auf ein konkretes Fördervolumen ausgerichtet sind, erfordern eine langfristige Planung und Auseinandersetzung mit Richtlinien, strategischen Fragen und Finanzplänen. Im folgenden soll die Logik einiger ausgewählter EU-Förderprogramme und -instrumente nachvollziehbar gemacht werden.⁴

Gemeinschaftsinitiativen (GI's):

GI: EQUAL⁵

Österreich war in der aktuellen Förderperiode sehr erfolgreich in der Realisierung von EQUAL-Projekten, die für das gesamte Bundesgebiet gelten und regionale sowie überregionale Partnerschaften aus unterschiedlichen EU-Staaten fördern. EQUAL fördert innovative Modelle zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt und nimmt dabei Bezug auf die nationalen Aktionspläne für Beschäftigung (NAP). Um Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, die Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit von Männern und Frauen zu erhöhen, werden Projekte mit folgenden Zielsetzungen gefördert:

- Erleichterung des Zuganges zum Arbeitsmarkt für alle
- Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit am Arbeitsmarkt
- Verbesserung der Qualität von Arbeitsplätzen in der Sozialwirtschaft (3. Sektor)
- Förderung von lebensbegleitendem Lernen und einer integra-

tionsfördernden Arbeitsgestaltung

- Reduzierung von geschlechtsspezifischer Segregation am Arbeitsmarkt
- Aktivitäten von AsylwerberInnen

GI: INTERREG III⁶

INTERREG III des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) fördert die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Regionen der Europäischen Union. Konkret wird die Kooperation zwischen unmittelbar angrenzenden Staaten bzw. Regionen (Österreich + Deutschland, Italien, Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik) gefördert.

Inhaltliche Ziele sind u.a.: die Förderung der Integration am Arbeitsmarkt und der sozialen Eingliederung, die gemeinsame Nutzung von Humanressourcen und Einrichtungen aus Forschung, technologischer Entwicklung, Bildung, Kultur, Kommunikation und Gesundheit.

GI: URBAN II⁷

URBAN II wird ebenfalls durch den EFRE finanziert. Städte und Stadtviertel mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen können diese Förderung zur wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung beantragen. Gefördert wird der Erfahrungsaustausch in Bezug auf eine nachhaltige Stadterneuerung und -entwicklung innerhalb der Europäischen Union. Vorausgesetzt wird ein partnerschaftlicher Ansatz zwischen Behörden, Wirtschaftspartnern, Sozialpartnern, interessierten Organisationen und Verbänden.

Aktionsprogramme:

Bei Aktionsprogrammen handelt es sich um mehrjährige europaweite Kampagnen, die „fit für Europa“ machen sollen und den Austausch zu einer bestimmten Thematik (Bsp.

Frauen, Rassismus) unterstützen.

Aktionsprogramme im Bereich Aus- und Weiterbildung:

SOKRATES II⁸ stellt die zweite Phase des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms im Bereich der allgemeinen Bildung dar. Sokrates unterstützt die Aneignung von Wissen, Fähigkeiten und Kompetenzen, die die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben und die Beschäftigungsfähigkeit und ein „Europa des Wissens“ fördern. Im Hinblick auf einen Beitrag zu einer hohen Qualität der Allgemeinbildung und zum lebensbegleitenden Lernen werden folgende Aktivitäten und Förderbereiche unterschieden:

- **COMENIUS** (Schulbildung)
- **ERASMUS** (Hochschulbildung)
 - Mobilität von Studierenden und HochschullehrerInnen sowie Europäische Zusammenarbeit der Hochschulen
- **GRUNDTVIG** (Erwachsenenbildung und andere Bildungswege)
 - Entwicklung neuer Bildungsansätze, die an die Bedürfnisse lebenslangen Lernens angepasst sind, Verbesserung der Qualität der Erwachsenenbildung durch intensivere Zusammenarbeit zwischen den in diesem Bereich tätigen Einrichtungen, Netzwerken
- **LINGUA** (Sprachunterricht und Spracherwerb) – Unterstützung bereichsübergreifender Maßnahmen zum Spracherwerb, Verbesserung der Qualität von Sprachunterricht und -erwerb, Erleichterung des Zuganges zum lebensbegleitenden Sprachunterricht, Förderung der sprachlichen Vielfalt
- **MINERVA** (offener Unterricht und Fernlehre sowie Informations- und Kommunikationstechnologien auf dem Gebiet des Bildungswesens)

Bei **LEONARDO DA VINCI II**⁹ handelt es sich um das gemeinschaftliche **Aktionsprogramm** in der Berufsbildung, das die europäische Zusammenarbeit im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung fördern und einen Beitrag zu einem „Europa des Wissens“ leisten soll. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll die Qualität, Innovation und europäische Dimension in den Berufsbildungssystemen und -praktiken weiterentwickelt werden. Die Ziele des Programms sind u.a.: die Verbesserung der Fähigkeiten und Kompetenzen v.a. junger Menschen in der beruflichen Erstausbildung, die Verbesserung der Qualität der beruflichen Weiterbildung und des Zuganges zu dieser sowie zum lebensbegleitenden Erwerb von Kompetenzen und die Förderung und Stärkung des Beitrages der Berufsausbildung zum Innovationsprozess im Hinblick auf eine Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmensgeist.

Im Rahmen der **EU-Programme zur Bildungskoope-ration** nehmen die **Drittstaaten-Programme** eine Sonderstellung ein: z.B. **TEMPUS** oder **ERASMUS MUNDUS**.

Aktionsprogramme im Bereich Jugend und Frauen:

Das gemeinschaftliche Programm **JUGEND**¹⁰ fördert Jugendaustauschprogramme („Jugend für Europa“) aus zwei oder mehr Ländern, die sich mit unterschiedlichen Themen, Ländern und Kulturen auseinandersetzen. Es unterstützt Initiativen im Jugendbereich (Gruppeninitiativen, Netzwerkprojekte) sowie den Europäischen Freiwilligendienst.

Sensibilisierungsmaßnahmen (Veröffentlichungen, Kampagnen, Veranstaltungen), die Analyse gleichstellungsrelevanter Faktoren



und Politiken sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen AkteurInnen (Netzwerkarbeit, Erfahrungsaustausch) im Rahmen des Aktionsprogramms betreffend **die Gleichstellung von Frauen und Männern**¹¹ soll fünf horizontale Ziele realisierbar machen: Gleichstellung im Wirtschaftsleben, gleichberechtigte Beteiligung und Vertretung, soziale Rechte, Gleichstellung im gesellschaftlichen Leben sowie die Veränderung von Geschlechterrollen und Stereotypen.

Aktionsprogramme im Bereich Gesundheit und Soziales:

ANTIDISKRIMINIERUNG¹² umfasst fast alle in Art. 13 des EG-Vertrages angeführten Diskriminierungsgründe: ethnische Herkunft, Religion, Überzeugungen, Behinderung, Alter und sexuelle Ausrichtung. Im Gegensatz zu den zielgruppenspezifischen Ansätzen der Vergangenheit (bspw. Maßnahmen für ältere oder behinderte Menschen) soll ein horizontaler Ansatz bei der Bekämpfung der Diskriminierung gewählt werden. Die Aktionsbereiche umfassen: Analysen und Bewertung, Entwicklung von Handlungskompetenzen der im Kampf gegen Diskriminierung aktiven ZielakteurInnen sowie Sensibilisierung.

Im Rahmen des Aktionsprogrammes **BEKÄMPFUNG SOZIALER AUSGRENZUNG**¹³, die auf den 2001

vorgelegten Nationalen Aktionsplänen zur sozialen Eingliederung basieren, fördert die Europäische Kommission u.a. die Analyse der Merkmale, Prozesse, Ursachen und Tendenzen der sozialen Ausgrenzung, die konzeptionelle Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren und den Dialog mit AkteurInnen.

DAPHNE¹⁴ ist ein Aktionsprogramm zur Verhütung und zum Schutz vor Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen. Gefördert wurden bzw. werden grenzüberschreitende Maßnahmen zur Errichtung von multidisziplinären Netzen zum Informationsaustausch sowie zur Koordination und Zusammenarbeit auf EU-Ebene und grenzüberschreitende Maßnahmen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

EAPN (European Anti Poverty Network)¹⁵ ist ein 1989 mit Unterstützung der EU-Kommission erfolgter unabhängiger Zusammenschluss von Verbänden, Vereinigungen und Gruppen, die sich dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung widmen. Ziele des Netzwerkes sind v.a.: die „soziale Dimension“ in den Mittelpunkt der EU-Politik zu rücken und den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung als wichtiges Element in die Politik der EU einzubringen, die Garantie sozialer Grundrechte für



alle in der Union lebenden Menschen, eine Lobby zu sein für Personen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind sowie die Anerkennung von NGO's als SozialpartnerInnen.

Aktionsprogramme für Zentral- und Osteuropa sowie die neuen unabhängigen Staaten

PHARE¹⁶ war ein Förderinstrument, um die zehn Beitrittskandidaten Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn auf den EU-Beitritt am 1.5.2004 vorzubereiten. Die verschiedenen Programmtypen hatten v.a. den Verwaltungs- und Institutionenaufbau (Behörden, Rechtssystem, Humanressourcen und Management-Funktionen) für die Übernahme des „aquis communautaire“ zum Ziel.

TACIS¹⁷ hat die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der neuen unabhängigen Staaten NUS (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan und Weißrussland) und der Mongolei zum Ziel. Im Mittelpunkt stehen die Förderung des Überganges zur Marktwirtschaft sowie die Stärkung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Der Schwerpunkt liegt dabei auf technischer Hilfe und auf Know-how-Transfer.

Voraussetzungen für einen erfolgreichen Förder-Antrags

EU-Förder-Anträge sind spannend, herausfordernd, aber auch sehr zeitaufwändig. Erfolgreiche ProjektmanagerInnen sind meist Personen, die keine Angst vor der „Brüssel-Administration“ haben – d.h. MitarbeiterInnen, die das für eine Projektidee passende Förderinstrument ausfindig machen, umfangreiche Guidelines lesen, „best practi-

ce“-Beispiele genehmigter Projekte ausfindig machen und „Help desks“ verschiedener Kontaktbüros nützen, um die Förderlogik jeder Förderperiode zu durchschauen und strategisch nutzen zu können. In manchen Fällen kann auch ein Vorab-Check eines Antrages die Genehmigungswahrscheinlichkeit erhöhen.

Neben formellen und finanziellen Kriterien¹⁸ müssen die jeweiligen inhaltlichen Ziele mit den Aktivitäten und Förderbereichen und Anspruchsberechtigten übereinstimmen; diese werden in den jeweiligen Ausschreibungen genau beschrieben.

Es ist kein Zufall, dass zumeist größere soziale Organisationen erfolgreich Projekte beantragen. Sie haben den inhaltlichen und betrieblichen Image-Gewinn von internationalen Projekten erkannt; einige MitarbeiterInnen haben sich zu neuen ExpertInnen auf diesem Gebiet entwickelt und realisieren somit innovative Ideen.

Es bleibt allerdings abzuwarten, welche Änderungen die nächste Förderperiode (nach 2006) mit sich bringt – d.h. welche Zielgruppen, Themen und EU-Länder im besonderen gefördert werden und wieviel Fördergeld Österreich beanspruchen wird können.

¹ Vgl. www.bologna.at (österr. Bologna-Kontaktstelle im BMBWK) und www.bmbwk.gv.at/naric (Anerkennungs- und Zulassungsfragen)

² Ab 2006 werden neue Förderrichtlinien existieren.

³ Weitere generelle EU-Informationen: www.europa.eu.int (Server der Europäischen Union)

⁴ Sämtliche Projektanträge sollen ganz generell Querschnittsthemen wie z.B. Gender-Mainstreaming, Informationsgesellschaft und Auswirkungen auf die Umwelt berücksichtigen.

⁵ Vgl. www.equal-esf.at

⁶ Detail-Informationen: in den jeweiligen Landesregierungen der genannten angrenzenden Staaten sowie unter www.interreg.at und www.inforegio.cec.eu.int (Europ.

Kommission, GD Regionalpolitik) und www.europa.eu/int/comm/regional_policy/int/erreg3

⁷ Vgl. www.oerok.gv.at

⁸ Vgl. www.sokrates.at (Sokrates Nationalagentur) und www.oead.ac.at (Österreichischer Austauschdienst)

⁹ Vgl. www.leonardodavinci.at

¹⁰ Vgl. www.europa.eu.int/comm/youth

¹¹ Vgl.

www.europa.eu.int/employment_social/equ_opp/index_de.htm

¹² Vgl. www.europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/prog/calls_de.htm

¹³ Vgl. www.europa.eu.int/comm/employment_social/soc-prot/soc-incl/index_de.htm

¹⁴ DAPHNE ist aus einer 1997 ins Leben gerufenen Budgetlinie hervorgegangen, die bis 2004 laufend verlängert wurde. Vgl.

www.europa.eu.int/comm/justice_home/funding/daphne/funding_daphne_en.htm

¹⁵ Vgl. www.eapn.org und www.armutskonferenz.at

¹⁶ Vgl. www.europa.eu.int/comm/enlargement/

¹⁷ Vgl.

www.europa.eu.int/comm/external_relations/ceeca/tacis/index.htm

¹⁸ Bei der Antragseinbringung ist bereits durchkalkulierter Finanzplan vorzulegen, der zumeist eine Kofinanzierung voraussetzt.



Dr. Brigitta Zierer, DSA, Professorin am FH-Studiengang Sozialarbeit/Studium für Berufstätige am FH Campus Wien – lehrt u.a. Vgl. Internat. Sozialarbeit; Koordinatorin zahlreicher internationaler Projekte (Erasmus/Sokrates, Aktion Österreich-Ungarn, Aktion Österreich-Slowakei) und Mitarbeit an internationalen Kooperationen bzw. Netzwerken; Publikationen in den Bereichen Sozialarbeit, Publizistik, Politikwissenschaft und Supervision; Dipl. Supervisorin und Trainerin in freier Praxis
brigitta.zierer@fh-campuswien.ac.at



Stefanie Kunz, Ulrike Scheuermann,
Ingeborg Schürmann:

Krisenintervention

*Ein fallorientiertes Arbeitsbuch für Praxis
und Weiterbildung*

2004, Juventa Verlag Weinheim, Edition
Sozial, 192 Seiten, Euro 14,00

In allen psychosozialen, aber auch anderen Berufsfeldern sind MitarbeiterInnen immer wieder mit Krisen konfrontiert. Ohne entsprechende Aus- oder Weiterbildung in Krisenintervention bedeutet das häufig eine Überforderung. Doch ein adäquater Umgang mit Menschen in Krisen ist erlernbar. Dieses Buch ist ein Baustein dafür.

Die Autorinnen verschränken Praxis und Theorie miteinander und zeigen Beispiele für individuell zugeschnittene Kriseninterventionen. (...) Mit je einem Fall beleuchten die Autorinnen zwölf verschiedene Krisen und machen den Beratungsverlauf praktisch nachvollziehbar...(Verlag)

Eine der Autorinnen ist als Psychologin am Institut für Klinische Psychologie der FU Berlin tätig, die anderen zwei Autorinnen sind schon jahrelang als Diplompsychologinnen in der Krisenintervention in einem Krisendienst in Berlin tätig.

Jeder der beschriebenen Fälle wird unter vier Gesichtspunkten betrachtet. Nach der jeweiligen Einleitung erfolgt die Beschreibung der Situation und die Darstellung des angewendeten Interventionsprinzips sowie ein Literaturexkurs. Die ausgewählten Fallbeispiele kommen u.a. aus den Themenbereichen Paarkrisen, Trennung, Depression, Suizidalität, Notfall Psychose, Häusliche Gewalt ...

Als Interventionsprinzipien werden beispielsweise dargestellt: Copinganalyse und -modifikation, Verantwortungsklä rung, Notfallmanagement, Suchen von Entlastungsmöglichkeiten, Aufklärung ...

Den Abschluss des Buches bildet eine Abhandlung über den Begriff der Krise, über Krisentheorien, Interventionskonzepte, sowie ein Anforderungsprofil für in der Krisenintervention Tätige.

Im Buch wird gut verständlich deutlich gemacht, was das Wesen einer Krise ausmacht, welche Hilfestellung aus professioneller Sicht nötig und möglich ist. Es soll, wie die Autorinnen meinen, eine Hilfe dazu sein, „...dass Anfänger nicht nach dem Versuch- und Irrtumprinzip so lange experimentieren müssen, bis sie angemessene Strategien entwickelt haben, sondern dass erprobte Formen schrittweise angeeignet werden können“.

Die Hinführung zur Praxis und die Verbindung zu unterschiedlichen Grundlagen und Theorien, die anhand der Fallbeispiele miteinander in Verbindung gebracht werden, ist in diesem Buch gut gelungen und bietet daher meines Erachtens einen guten Einstieg in diesen Themenbereich.

Durch die gelungene Strukturierung des Buches ist es für das Verständnis nicht notwendig, das Buch von vorne nach hinten vollständig durchzulesen - man kann durchaus einzelne Kapitel (Fallbeispiele) herausnehmen oder auch mit dem allgemeinen Teil am Ende des Buches beginnen.



Dorothea Kuhrau-Neumärker:

„War das o.k.“ – Moralische Konflikte im Alltag Sozialer Arbeit

*Einführung in die Berufsethik
Forschung, Studium und Praxis, Schriften
des Fachbereichs Sozialwesen der
Fachhochschule Münster*

2005, Waxmann Verlag Münster, 230 Seiten, Euro 19,90,
ISBN 3-8309-1330-3

Die Autorin ist evangelische Theologin und seit 1974 Professorin für Philosophie und Ethik am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster. Was ist in der Sozialarbeit wesentlich? Methoden, oder die korrekte Beantwortung von Rechtsfragen oder aber auch die Anleitung zur Bearbeitung ethischer Konflikte? Sozialarbeit ist in der Praxis gekennzeichnet durch Werte, Ziele, Legitimation, Wissen und Methoden. Praktiker sind solange an der Rolle der Philosophie nicht interessiert, solange die Folgen und die Zusammenhänge mit dem Arbeitsalltag nicht deutlich sind. In der Medizin werden diese Zusammenhänge schon längere Zeit diskutiert - es gibt z.B. zu verschiedenen Problemstellungen eine Ethikkommission. Den Ärzten sollte auf ethische Fragen der Hippokratische Eid antworten. Dieser wird im vorliegenden Buch so interpretiert, dass er auch SozialarbeiterInnen in den Konflikten ihrer Berufspraxis als Orientierung dienen kann.

Die Autorin führte Interviews mit zahlreichen ehemaligen Studierenden, die in verschiedensten Berufsfeldern tätig sind, durch. Es ging im wesentlichen um die Fragen: Woran bin ich gescheitert, wo habe ich das Gefühl, versagt zu haben, aber auch darum, was gut gelungen ist und was mir dabei geholfen hat? Woran orientiere ich mich, wenn ich Entscheidungen zu treffen habe? Sind mir die Entscheidungsgrundlagen bewusst? Was ist gutes und richtiges Verhalten im Beruf und sind die zugrundeliegenden Regeln berechtigt, menschlich, durchführbar? Wer bestimmt überhaupt diese Regeln? Wer hat sie aufgestellt? Handle ich unbewusst danach oder achte ich darauf, welche Werte mich bei Entscheidungen leiten?

Hinweise:

Gerd Gehrman, Klaus D. Müller (Hrsg.):

Aktivierende Soziale Arbeit mit nicht motivierten Klienten

2005, Walhalla Fachverlag Regensburg, Berlin 2005, 208 Seiten,
22,50 Euro

Gertrud Oelerich, Andreas Schaarschuch:

Soziale Dienstleistungen aus Nutzersicht

Zum Gebrauchswert Sozialer Arbeit

2005, Reinhardt-Verlag München, 182 Seiten, Euro 19,90,
ISBN 3-497-01750-7

Christian Bertel, Andreas Venier:

Einführung in die neue Strafprozessordnung

2005, Springer Verlag Wien, 174 Seiten, Euro 27,80,
ISBN 3-211-23874-3



DVR 0492337

